

FreiRaum

Für eine Welt ohne Atomwaffen
Für die friedliche Nutzung des Weltraums

Nr. 4 / Dezember 2004
3. Jahrgang



Die verurteilten vier gewaltfreien AtomwaffengegnerInnen (von Links nach rechts)
Johanna Jaskolski, Martin Hans Otto, Wolfgang Sternstein, Hermann Theisen

Zwei Monate Strafhaft für die Verteilung eines Flugblatts

Ein Strafmaß von zwei Monaten Haft lässt eine schwerwiegende Straftat vermuten. Das Amtsgericht Cochem verurteilte jedoch am 23. November 2004 drei gewaltfreie AtomwaffengegnerInnen zu Haftstrafen und belegte einen weiteren mit Geldstrafe. Sie waren weder in ein Gelände eingedrungen, noch hatten sie einen Zaun zerschnitten.

Dies hatten sie im Rahmen von gewaltfreien Aktionen Zivilen Ungehorsams zuvor schon gemacht. Diesmal ging es ihnen darum, nicht über die für Juristen so schwer nachvollziehbare Rechtfertigung solchen Gesetze überschreiten den Handelns zu streiten. Endlich sollten sich Gerichte einmal mit der Frage beschäftigen, ob die nukleare Teilhabe, die Stationierung von Atombomben und die zumindest mittelbare Teilhabe an deren Einsatz, menschenrechts-, völkerrechts- und grundgesetzwidrig ist. Vor dem Fliegerhorst Büchel hatten sie Flugblätter verteilt, in denen sie gemeinsam mit anderen UnterzeichnerInnen die Soldaten aufrufen, rechtswidrige Befehle zu verweigern.

Im Flugblatt und ausführlicher vor Gericht begründeten sie ihre Meinung, dass die in

Büchel stationierten Atombomben völker- und grundgesetzwidrig sind. Sie beriefen sich auf Menschenrechte, auf das Grundgesetz, auf humanitäres Völkerrecht, auf den Nichtverbreitungsvertrag über Atomwaffen, der auch eine mittelbare Teilhabe für Deutschland verbietet und zu wirksamen Maßnahmen zur Abrüstung verpflichtet. Sie verwiesen darauf, dass sie Soldaten vor drohenden Straftaten warnen wollten. Sie forderten, dass das Gericht bei einer Verurteilung zumindest prüfen müsse, ob denn die nukleare Teilhabe rechtmäßig sei. Der Einsatz von Atombomben käme einem Massenmord gleich. Wer sich daran beteilige, verstoße nicht nur gegen Menschenrechte, gegen das Recht auf Leben als eines der zentralsten, sondern auch gegen weiteres gesetztes Recht. Dies hätten auch Soldaten zu befolgen. Rechtswidrigen Befehlen dürften sie keine Folge leisten. Sie wären für ihre Taten individuell verantwortlich und könnten sich nicht auf Befehl und Gehorsam berufen. Zu vielen von diesen Fragen stellten sie Beweisanträge.

...

Fortsetzung Seite 5

Aus dem Inhalt:

Atomwaffen abschaffen S. 2

Trägerkreis tagt im Haus der
Geschichte Stuttgart und demon-
striert am EUCOM

Umrüstung gefordert S.4

Friedensaktivisten und Anwohner
wollen Abzug der US-Soldaten und
eine zivile Nutzung von Ramstein
und Spangdahlem

Europäische Vernetzung S. 6

In London beim Sozialforum rü-
cken die Atomwaffengegner
Europas näher zusammen

Jahrestagung der GAAA S.8

Rückblick und Pläne für 2005

Weltraum S. 9

US-Raketenabwehr militarisiert
den Weltraum. Lassen sich Hand-
lungsperspektiven zur
Rüstungskontrolle entwickeln ?

Jugend wird aktiv S. 11

Junge Menschen greifen die Atom-
waffenfrage auf. Sie stellen sich
und ihre Arbeit vor.

Uranwaffen S. 12

Erstes Opfer in Italien entschäd-
digt. – Tribunal über
Kriegsverbrechen tagte in
Hiroshima.

Resolution der GAAA S.14

Internationaler Uranwaffentag

U-Boote S.15

Offener Brief kritisiert deutsche
Lieferungsabsichten an Atomstaat
Israel.

Termine S.16



Gewaltfreie Aktion
Atomwaffen Abschaffen



Pressehütte.

Liebe FriedensfreundInnen,

manchmal gibt es noch Zeichen und Wunder. Mit großer Enttäuschung haben wir die erneut umstrittene Wiederwahl von US-Präsident Bush hinnehmen müssen, in der schlimmen Erwartung, dass sich die Außen- und Sicherheitspolitik weiter verschärfen wird. Doch keine drei Wochen später geschah aufgrund des massiven Drucks von Nichtregierungsorganisationen das fast Unglaubliche.

Der US-Kongress hat für das Jahr 2005 keine Gelder zur Entwicklung von Mininukes und Bunkerblastern genehmigt. Ebenfalls gestrichen wurden Gelder, mit welchen ermöglicht werden sollte, die Vorbereitungszeit für Atomtests in Nevada zu verkürzen. Dass selbst die Republikaner ihrem Präsidenten für diese Pläne keinen Cent zugestanden ist ein Zeichen, wie schlimm diese Pläne sind. Die Streichungen sind kein grundsätzlicher Sieg, aber ein deutliches Zeichen an die Regierung.

Auf solch ein Zeichen warten wir in Deutschland noch. Den Druck auf die Bundesregierung, als ersten Schritt endlich auf die nukleare Teilhabe zu verzichten, werden wir nach dem skandalösen Cochemer Urteil mit Sicherheit erhöhen. Dann könnten wir auch hierzulande die Starrköpfigkeit etlicher Politiker durchbrechen.

Freuen können wir uns aber bereits jetzt schon innerhalb der Freiraum-Redaktion. Denn unser Redaktionsteam ist angewachsen. Mit Julia Kramer aus Stuttgart haben wir eine junge, sehr engagierte Redakteurin für die regelmäßige Arbeit gewinnen können, die bereits einige neue Impulse setzen konnte. Einige kennen sie vielleicht schon von Artikeln aus den letzten drei Ausgaben. So wird es ab sofort regelmäßig eine eigene Jugendseite geben.

Wir möchten außerdem allen unsichtbaren HelferInnen unseren Dank aussprechen. Ohne ihre Hilfe z.B. beim Redigieren wäre der FreiRaum nicht so wie er ist: Lotte Rodi, Ilse Munding, Irene Breiter, Renate Domnick, Roswitha Traub, Gaby Blessing, Otto Reger und Gerhart Köpf. Weiterhin danken wir allen AutorInnen.

Wir verbleiben mit den besten Wünschen für ein friedliches Weihnachten und hoffnungsvolle Zeichen in 2005.

Julia Kramer (jk)
Marion Küpker (mk)
Roland Blach (rob)
Wolfgang Schlupp-Hauck (wsh)

Jahrestagung des Trägerkreises

Atomwaffen abschaffen - bei uns anfangen!

Damals und heute, Bürger und Politiker, Lokales und Internationales, Kunst und Wissenschaft, Information und Aktion, Alt und Jung: diese Pole brachte die diesjährige Jahrestagung des Trägerkreises „Atomwaffen abschaffen - bei uns anfangen!“ zusammen.

Tagungsort war vom 1.-3. Oktober das Haus der Geschichte in Stuttgart. Die Jahrestagung bildete den Abschluss der Sonderausstellung „Zerreißprobe Frieden“, die der Pershingstationierung und den Aktionen der Friedensbewegung in Baden-Württemberg gewidmet war. Mit der Überlassung der Tagungsräume und einem Empfang im Museumsrestaurant sorgte die Museumsleitung für einen repräsentativen Rahmen.

In einem Vortreffen kamen Atomwaffengegner aus Frankreich, Großbritannien, Belgien und Deutschland zusammen, um die Kooperation für eine Nuklearwaffenkonvention mit Blick auf die Überprüfungskonferenz des Atomwaffensperrvertrages zu stärken.

Das Kernthema der Jahrestagung war die Kritik an der Militarisierung der europäischen Verfassung und Gegenüberlegungen dazu.

Mayors for Peace

Im Fachgespräch „Kommunale Außenpolitik für eine Welt ohne Atomwaffen“ machte Bernd Grimpe aus dem Bürgermeisterbüro Hannover deutlich, wie Städtepartnerschaften aktiv für Friedens- und Versöhnungspolitik genutzt werden können. Bürgermeister Seyfried berichtete von seiner erfolgreichen Werbung neuer Mitglie-

Lobbygespräche

Im Anschluß an einen Besuch beim Europaparlament in Brüssel kommt Hiroshimas Bürgermeister Akiba am 21. Januar nach Berlin zu Gesprächen mit Bundespolitikern, im Auswärtigen Amt und für eine Pressekonferenz.

Arbeitstreffen

der deutschen Mitgliedsstädte
 Ein Treffen für Bürgermeister, Mitarbeiter der Kommunalverwaltung und Stadt bzw. Gemeinderäte ist geplant für 11. März.

Informationen über die Pressehütte Mutlangen und das Bürgermeisterbüro Hannover.

der für Mayors for Peace.

Carol Naughton von BASIC (British American Security Information Council) erklärte in der Eröffnungsrede der Jahrestagung, dass Atomwaffen die größte Gefahr darstellen: „Eine einzige Atomwaffe zerstört nicht nur einen riesigen Landstrich und tötet Zehntausende von Menschen sofort, sie macht diesen Landstrich unbewohnbar und tötet Menschen noch Jahr-

zehnte nach der Explosion. Wir haben Tausende solcher Waffen einsatzbereit. Sie können in Sekunden gestartet werden.“

Europäische Atomwaffen

Sie kritisierte, dass Atomwaffen als politisches Werkzeug benutzt würden. Großbritannien und die anderen Atomkräfte sichern sich so einen Platz im UN-Sicherheitsrat. Die Tatsache, dass die britischen Atomraketen von den USA geleast werden, binde das Land vollständig an die Außen- und Verteidigungspolitik der USA.

Frankreich benutze seine Atomwaffen dagegen „um Eigenständigkeit gegenüber den USA zu erhalten“, erläuterte Jean Paul Vienne von „Movement de La Paix“ in einer Arbeitsgruppe. Die Zustimmung der Bevölkerung für die Atomwaffen sei deshalb sehr hoch und betrage über 50 Prozent.

Atomwaffenopfer klagen

Eine Klage von Opfern französischer Atomtests, von denen sich 3.500 zusammenschlossen haben, wurde zunächst abgewiesen, jetzt laufe aber der Prozeß und führe erstmals zu offiziellen Diskussionen über die medizinischen Folgen der Atomtests in Algerien und im Pazifik.

Derzeit sei die Weiterverbreitung (Proliferation) von Atomwaffen ein ernsthaftes Problem. Aber die Probleme mit Nordkorea und dem Iran müssen auf dem Verhandlungsweg gelöst werden, nicht „durch Drohung mit einem Präventivschlag.“, fordert Naughton. Sie erläutert, dass in den britischen Plänen der Präventivschlag schon früher aufgenommen war als in den USA - bereits 1993.

Proliferation

Doch die Atomkräfte selbst betreiben Proliferation durch die Entwicklung neuer Atomwaffen. „Frankreich will sein gesamtes Atomwaffenarsenal modernisieren“, erläuterte Vienne. Er verweist dabei auf einen atomar bewaffneten Flugzeugträger, auf U-Boote die mit Atomwaffen in den Weltmeeren patrouillieren und auf eine Raketenstellung in Istres bei Marseille.

Naughton nennt als den größten Proliferateur die USA. Grund sei die Entwicklung einer völlig neuen Atomwaffengeneration. Für sie ist es verständlich, dass viele Länder verärgert und wütend werden, weil die Atomkräfte ihren Verpflichtungen aus dem Atomwaffensperrvertrag nicht nachkommen.

Tobias Pflüger, IMI-Vorstand und Mitglied des Europäischen Parlaments, stellte die problematischen Aspekte der EU-Verfassung dar. Er benannte als zentrale Kritikpunkte ihre friedensgefährdende, antisoziale und neoliberale Ausrichtung. „Zumindest das Kerneuropa macht sich auf den Weg, Militärmacht Nummer Zwei in der Welt zu werden“, meint Pflüger. Die geplante europäische Verfassung weise in die falsche Richtung. Das dort festgeschriebene Streikrecht wird als nicht einklagbares Recht faktisch gestrichen. Erstmals hingegen bekommt



unternehmerische Freiheit Verfassungsrang eingeräumt. Pendant zur antisozialen Politik sei die Neustrukturierung der Europäischen Streitkräfte. Mit so genannten Battle-Groups, Einheiten von jeweils 1 500 Mann, könnten in Zukunft die Kerneuropastaaten Frankreich, Großbritannien und Deutschland ohne Zustimmung der restlichen EU-Mitglieder ihre eigenen Interessen außerhalb Europas durchsetzen.

Gegengewichte

Peter Becker von der Juristenvereinigung IALANA stellte fest, dass mit dem europäischen Einigungsprozess Brüssel immer mehr an Bedeutung gewinne. Dort tummelten sich jede Menge Lobbyisten der Industrie. Vertreter der Friedensbewegung seien nur schwach vertreten. Dem wolle er entgegenwirken. Er stellte auf der Jahrestagung Pläne vor, eine Stiftung zu gründen. Eine Gruppe junger Leute bildete eine eigene Arbeitsgruppe um zu klären, warum ihre Altersgenossen sich so wenig um die atomaren Gefahren kümmern. (Sie kommen in diesem FreiRaum auf S. 10/11 zu Wort).

Erfolgreich entschuldigt

Der Bundestagsabgeordnete Hermann Scheer konnte nicht wie angekündigt zur Jahrestagung kommen. In einer Koalitionssitzung zum deutsch-brasilianischen Atomvertrag setzte er sich erfolgreich für dessen Kündigung ein. Statt AKWs sollen nun Windkraftanlagen geliefert werden. Scheer erklärte in seiner Absage: „Da sich Deutschland für einen Ausstieg aus der Atomkraft entschieden hat, müssen diese Prinzipien auch die Richtschnur für die internationalen energiepolitischen Aktivitäten der Bundesregierung sein.“ Er verweist auch darauf, dass die Risiken der Atomenergie größer statt kleiner werden, denn die Uranvorkommen seien in etwa vier Jahrzehnten erschöpft. Eine Fortführung wäre deshalb nur durch Schnelle-Brüter



Tübinger Märchenerzähler Hans-Jörg Ostermayer vor dem EUCOM, Foto: wsh

möglich, die besonders atomwaffenfähiges Plutonium produzieren. Damit wachse die Gefahr der Verbreitung der Atomwaffen.

Vor dem EUCOM

Zu einer Manifestation für ein friedliches und soziales Europa versammelten sich die Teilnehmer am Samstag in der Tagungspause vor dem EUCOM. Mit Redebeiträgen, Plakaten und Märchenerzählungen demonstrierten die Teilnehmer rund zwei Stunden friedlich vor den Toren der US-Kommandozentrale. Mit einer Unterschriftenaktion forderten sie die Schließung der Einrichtung: „Eucom not welcome“, sagte Erich Schneider aus Mössingen zusammenfassend.

wsh ●

Regina Hagen und Elizabeth Lempp übergeben Friedens-tücher aus Nagasaki und eine Protestresolution



Foto: wsh

Aus dem Grußwort von OB Schmalstieg zur Jahrestagung des Trägerkreises

Hannover ist seit mehr als zwei Jahrzehnten durch eine Städtepartnerschaft mit Hiroshima verbunden. (...) Das Engagement Hiroshimas und Nagasakis in der Weltkonferenz der „Bürgermeister für den Frieden“ und das Bemühen, möglichst viel Städte zu gewinnen, die durch ihre Mitgliedschaft die Solidarität mit den Forderungen der beiden japanischen Städte zum Ausdruck bringen, haben wir von Anfang an unterstützt. Wir freuen uns, dass inzwischen weit über 100 Städte und Gemeinden daran beteiligt sind und dass ihre Zahl gerade in letzter Zeit weiter wächst.

Städte und Gemeinden können zwar keine Außenpolitik machen und sie entscheiden auch nicht über Abrüstungsfragen. Sie können aber die Wünsche und Hoffnungen ihrer Einwohnerinnen und Einwohner auch in solch existenziellen Fragen unterstützen und ihnen Nachdruck verleihen, denn sie tragen Verantwortung für deren Wohl. Gemeinsam können sie dadurch etwas bewirken. Denn je mehr Städte und Gemeinden sich dem anschließen, desto größer wird die Chance, dass dies auf nationaler Ebene aber auch international nicht ohne Konsequenzen bleibt.

Das kommende Jahr ist in diesem Zusammenhang von besonderer Bedeutung. 2005 jährt sich zum 60. Mal der Jahrestag der Atombombenabwürfe auf Hiroshima und Nagasaki. Die Zahl ihrer Opfer nimmt noch immer Jahr für Jahr weiter zu. Noch leben Zeitzeugen, die das schreckliche Geschehen miterlebt haben, obwohl die Zahl von Jahr zu Jahr geringer wird. Ihr sehnlichster Wunsch ist es, noch selbst mitzuerleben und deshalb sicher sein zu können, dass der Abbau aller Atomwaffen endlich Wirklichkeit wird. Nur dann ist sichergestellt, dass das, was sie miterleben mussten, sich niemals wiederholen kann. (...)

„Eine Welt ohne Atomwaffen bis 2020!“ ist das Ziel. Um das zu erreichen, müssen die dazu notwendigen Schritte jetzt eingeleitet werden, so wie Bürgermeister Akiba aus Hiroshima in seiner Kampagne vorgeschlagen hat. Dazu gehört auch, dass die noch in Deutschland lagernden Atomwaffen endlich vernichtet werden.

Mein Wunsch ist, dass es uns gemeinsam gelingen möge, mitzuhelfen damit die Forderung nach einer Welt ohne Atomwaffen als Beitrag zu einer friedlichen Welt in Erfüllung geht.

Mit freundlichen Grüßen

Hubert Wilmakieg

„Project ELF“ U-Boot-Sender abgeschaltet

Die Weltraum- und Kampfsystem-Kommando der US-Navy (Navy's Space and Navy Warfare Systems Command, SPAWAR) gab am 17. September seine Auflösung bekannt, sowie den Abbruch des dort aufgestellten „Project ELF“, ein Sender-System für U-Boote, mit extrem niedriger Frequenz („extremely low frequency“ = ELF). Der gigantische Sender schickt Nachrichten an untergetauchte britische und US U-Boote überall auf der Welt. Er wurde gebaut, um Trident U-Booten mit ballistischen Raketen zu ermöglichen, nahe genug an die UdSSR heranzukommen, um einen Überraschungsangriff oder einen Erstschlag mit Atomwaffen zu starten.

SPAWAR gab in San Diego bekannt, dass es ab 30. September aufhören wird, ELF's Geheimcodes auszusenden, und dass es innerhalb der nächsten drei Jahre die zwei Antennennetze abbauen wird. Die Zwilling-Sender (einer in Clam Lake, Wisconsin, der andere in Republic, Michigan) seien „überholt und nicht länger notwendig.“

Anti-Atomwaffen-AktivistInnen feierten die überraschende Bekanntgabe und erinnerten an die 36 Jahre andauernde Kampagne gegen das, was sie als einen „Startknopf für den Atomkrieg“ bezeichnet hatten. Der Kampf wurde geführt mit landesweiten Referenden und Prozessen, Märschen, Abrüstungsaktionen durch das Absägen von Masten, und 18 Jahre mit zivilem Ungehorsam durch Grenzübertritte. Über 40 der Atomwaffengegner, die sich weigerten, die vom Gericht angeordneten Geldstrafen zu bezahlen, waren in Bezirks-, Staats- und Bundesgefängnissen eingesperrt worden. Insgesamt wurden über neun Jahre Gefängnis von den AktivistInnen abgesessen.

Bonnie Urfer, langjähriger Mitarbeiter und Co-Direktor von Nukewatch sagte: „Ich bin erleichtert, dass ELF's 1.300.000 Watt Elektrizität nicht mehr in den Boden gejagt werden, dem Meeresleben Schocks zufügen und die Bedrohung durch Leukämie und andere Krebsarten erhöhen.“

John La Forge, ebenfalls von Nukewatch, sagte: „Dies ist ein weiterer Sieg für die Gewaltfreiheit. ELF wurde keinerlei Aufmerksamkeit gezollt, bis wir dort waren und das Risiko rechtlicher Schritte auf uns genommen haben.“

Nukewatch (www.nukewatch.com)

Übersetzt und gekürzt von jk ●

Zivile Arbeitsplätze statt Kriegsunterstützung

Ramstein und Spangdahlem

Die Reduzierung der US-amerikanischen Streitkräfte in Europa ist beschlossen. Zugunsten einer effizienteren, interventionistischen Armee. Regionale Bündnisse in Deutschland nutzen die Chance der Truppenreduzierung und beginnen, sich aktiver als bisher gegen US-Militärbasen zur Wehr zu setzen, zunächst mit dem Ziel, die öffentliche Wahrnehmung für die Problematik dafür zu steigern, langfristig um die Konversion durchzusetzen.

Wir berichten von der Kommandozentrale EUCOM in Stuttgart sowie von den Flughäfen Ramstein (Lagerung von Atomwaffen) und Spangdahlem (Lager- und Einsatzort von Uranwaffen).

Am weitesten sind die Bemühungen um Spangdahlem vorangekommen. Unter dem Motto

„Wer zu spät kommt, den bestraft das Leben! Konversion jetzt!“

verabschiedete das regionale Bündnis für die Konversion von Militäranlagen in Trier eine Abschlusserklärung zu einer Konversionskonferenz, die langfristig die zivilen Umwandlung der US-Airbase Spangdahlem zum Ziel hat. Die im Bündnis mit arbeitenden Friedens- und UmweltaktivistInnen, Anwohner, Konversionsexperten und Lokalpolitiker u.a. aus Trier, Bernkastel-Kues, Wittlich und Bitburg halten eine aktive und unverzügliche Konversion der US-Airbase Spangdahlem für notwendig und möglich und fühlen sich verpflichtet, Kriege und gewalttätige Konflikte mit vorbeugenden zivilen Mitteln zu verhindern bzw. mit zivilen Konfliktbehandlungsmethoden friedlich zu bearbeiten.

Mit einer ökologisch sowie sozial sinnvollen zivilen Umwandlung der US-Airbase Spangdahlem könnten letztlich sichere Arbeitsplätze in der Region geschaffen werden. Als Vorbildfunktion dient dem Bündnis dabei z.B. das erfolgreiche Konversionsprojekt Energielandschaft Morbach.

Um die zukunftsfähige Entwicklung einer militärfreien Region voranzutreiben, wurde mit den Planungen für eine Kampagne zur Konversion der Airbase Spangdahlem begonnen. „Die Konversion

des Kriegsflughafens Spangdahlem für die Schaffung ziviler Arbeitsplätze muß in den Köpfen beginnen, wer trotz zunehmender Anzeichen für den (Teil)abzug des Militärs nicht rechtzeitig mit Konversionsplanungen beginnt handelt fahrlässig!“ fasst Markus Pflüger von der AG Frieden zusammen. Das erste Treffen des Kampagnenrats findet am 13. Dezember um 19 Uhr 30 im Friedens- und Umweltzentrum der AGF, Pfützenstr. 1 in Trier statt.

Anlässlich des 60. Jahrestages des Atombombenabwurfs auf Hiroshima am 6. August 2005 plant die DFG-VK im Bündnis mit der GAAA und Ohne Rüstung Leben eine Fahrradtour von Regensburg ans EUCOM nach Stuttgart. Eine „Nacht der Hunderttausend Kerzen“ am 5./6. August ist zum Gedenken an die Opfer in Hiroshima und Nagasaki vorgesehen. In Planung ist zudem eine Kampagne, in der sich regionale, landesweite und bundesweite Gruppen für die Auflösung des EUCOM und die Umwidmung z.B. in eine Friedensuniversität einsetzen.

Nach der großen Protestaktion am 20. März in Ramstein hat sich die Friedensinitiative Westpfalz gegründet, die mit großem Engagement und mit Unterstützung bundesweiter Friedensorganisationen (GAAA, DFG-VK, Netzwerk Friedenskooperative) ein internationales Friedenscamp vom 4.-7. August an der AirBase Ramstein vorbereitet, um auf diese Weise die Bedeutung dieses „US-amerikanischen Tors nach Europa“ zu unterstreichen.

Mit einer sportlichen Fahrradetappe „Auf Achse für den Frieden“ von Stuttgart nach Ramstein am 5. August soll die Verbindung zwischen dem EUCOM und Ramstein sowie den Protesten dagegen, hergestellt werden. Geplant ist der Abschluss der dann insgesamt 320 km langen Etappe in Büchel, um den Widerstand gegen das dortige Atomwaffenlager mit einzubeziehen. Auch dort laufen die Bemühungen für eine Konversion des Standorts. **rob ●**

Friedenssommer 2003
Spangdahlem, Foto: GAAA



Atomwaffenfrei bis 2020

Gorbatschov meldet sich zu Wort

„Es reicht nicht, die Atomwaffen gut zu bewachen, sie gehören abgeschafft“, forderte Mikhail Gorbatschov Ende September in London zur Eröffnung der Kampagne „Come Clean“ (Werde sauber), die von britischen Nichtregierungsorganisationen gegen Massenvernichtungswaffen gestartet wurde.

Der frühere Sowjetpräsident warnte „früher oder später wird es katastrophale Folgen haben, wenn Atomwaffen existieren. Sie können in die Hände von Terroristen fallen.“ Die vollständige Abrüstung der Atomwaffen zu verlangen sei nicht naiv, sondern notwendig. Als er 1986 die Verschrottung der Atomwaffen gefordert habe, hätte es zwei Reaktionen gegeben, das Abrüstungsangebot als reine Propaganda abzutun oder als Illusion darzustellen. „Aber wir waren in der Lage, ganze Klassen von Atomwaffen abzuschaffen.“ wsh ●



Gorbatschov in London, Foto: BASIC

... Fortsetzung von Seite 1

Rechtsanwalt Heinrich Comes erinnerte an den Freispruch des Kammergerichts Berlin nach einer Serie von Prozessen wegen des Aufrufs zu Fahnenflucht und Befehlsverweigerung während des Nato-Krieges gegen Jugoslawien.

Das Kammergericht ließ damals die Frage, ob der Krieg völkerrechtswidrig war, unbeantwortet. Es stellte jedoch fest, dass dies - wäre es für die Gerichtsentscheidung relevant - das Bundesverfassungsgericht entscheiden müsste. Die Gehorsamsverweigerung bei unverbindlichen Befehlen sei jedoch nicht rechtswidrig. Vor allem sei die in dem damaligen Aufruf zum Ausdruck kommende zugespitzte Meinung durch Art. 5 GG (Meinungsfreiheit) gedeckt.

Ein borniertes Gericht, das schon die Anklageschrift nicht hätte zulassen dürfen, ließ alle Argumente an einer dicken Panzerwand abprallen. Es lehnte alle Beweisanträge nach den durch die Strafprozessordnung vorgesehenen Möglichkeiten ab: die Beweiserhebung sei ohne Bedeutung, die Beweiserhebung sei offenkundig unerheblich, da es im Verfahren um Rechtsfragen ginge und das Gericht auf den Sachverstand (der Sachverständigen) verzichten könne, die Beweiserhebung sei offenkundig überflüssig.

Das Recht im Cochemer Rampenlicht



Foto: wsh

So weigerte sich das Gericht, sich auch nur annähernd mit den aufgeworfenen Fragen zu beschäftigen.

Es verurteilte kurzerhand zu hohen Strafen. Fest verwurzelt in einer preußisch-militaristischen Tradition stand für Richter Johann und Staatsanwältin Hanischmacher wohl fest, dass Soldaten blind zu gehorchen und nicht selbst nachzudenken haben.

Der Richter verurteilte gemäß dem Antrag der Staatsanwältin zu 45 (Hermann Theisen, Heidelberg) und zu 40 Tagessätzen (Martin Hans Otto, Wetzlar) und zu einem (Johanna Jaskolski, Erftstadt) und zu zwei Monaten (Wolfgang Sternstein, Stuttgart) Haft. Die unterschiedlichen Tagessätze entstanden, weil Hermann Theisen den Aufruf presserechtlich verantwortet und diesen schon zweimal verteilt hat. Die Haftstrafen erhielten die beiden, die schon in der Vergangenheit wegen Aktionen Zivilen Ungehorsams zu Haft verurteilt worden waren - nicht zuletzt vom selben Amtsgericht. Inzwischen ist der Aufruf zwei weitere Male verteilt worden. Dies müssen wir wohl noch häufig machen bis sich auch die Gerichte bereit finden, sich mit den Rechtsverletzungen auseinanderzusetzen.

Elke Steven

Komitee für Grundrechte und Demokratie ●

Die Redaktion. Die GAAA hat Anfang Dezember eine e-mail-Aktion an Bundeskanzler Schröder, Außenminister Fischer, die Justizministerin Cypries, die stellvertretenden Fraktionsvorsitzenden der im Bundestag vertretenen Parteien, das Bundesverfassungsgericht, die Staatsanwaltschaft Koblenz und das Amtsgericht Cochem ins Leben gerufen. Damit soll zum einen die Empörung über das Urteil ausgedrückt werden, zum anderen sollen die Adressaten dazu angehalten werden, sich als ersten Schritt zu einer atomwaffenfreien Welt für die Beendigung der nuklearen Teilhabe einzusetzen.

Mehr dazu unter www.gaaa.org ●

Rechtliches

Was gibt's Neues in den juristischen Auseinandersetzungen wegen Aktionen der GAAA?

Seit den Berichten von Hermann Theisen und mir in der FreiRaum-Ausgabe Nr. 3/2004 auf Seite 3 hat sich folgendes ereignet:

Wegen der „Zivilen Inspektion“ in Büchel am 23.5.2003 hatte Hermann am 14.9.2004 Verhandlung in 2. Instanz im Landgericht Koblenz, nachdem er gegen seine Verurteilung vom 3.3.2004 im Amtsgericht Cochem (Geldstrafe von 20 Tagessätzen wegen Hausfriedensbruchs und Sachbeschädigung) Berufung eingelegt hatte. Diese wurde verworfen. Nun legt er mit Hilfe von Rechtsanwältin Hemeyer Revision ein, so dass sich demnächst in 3. Instanz das Oberlandesgericht Koblenz mit der Sache befassen wird. Die Geldstrafen der fünf anderen an der Aktion beteiligten „InspektorInnen“ sind inzwischen alle rechtskräftig geworden: ebenfalls jeweils 20 Tagessätze.

Von meiner Geldstrafe habe ich inzwischen 5 Tagessätze durch 30 Stunden unbezahlte Arbeit beim gemeinnützigen Verein „Church and Peace“ getilgt. Weitere Tagessätze habe ich in der Zeit vom 26.11. bis 3.12. in einem Gefängnis in Giessen „abgesehen“, besser gesagt: durch eine demonstrative „Mahnwache hinter Gittern“ in eine politische Aktion umgewandelt. Mit meiner Freilassung wurde ein Offener Brief an die Bundesregierung, z.Hd. Kanzler Schröder, an den Botschafter der USA in Berlin, an das Bundesverfassungsgericht, an das Amtsgericht in Cochem, an die Staatsanwaltschaft in Koblenz und an die Leitung der Justizvollzugsanstalt Gießen geschickt. Es war das neunte Mal, dass ein/e Aktive/r der GAAA wegen einer Büchel-Aktion ins Gefängnis gesperrt wurde.

Vom März 1998 bis Mitte November 2004 sind wegen unserer Aktionen in Büchel nunmehr 33 Verurteilungen zu Geldstrafen, fünf zu Freiheitsstrafen und eine zu unentgeltlicher Arbeit von Gerichten in 1. Instanz ausgesprochen worden. Über den Prozess am 23.11.04 im Amtsgericht Cochem wegen der Verteilungen des Aufrufs zur Befehlsverweigerung am 20.3. und 8.6.04 berichten wir ausführlich an anderer Stelle in diesem FreiRaum.

Bitte schickt weiterhin alle Informationen zu den rechtlichen Folgen unserer gewaltfreien Aktionen an mich: Martin Otto, Magdalenenhäuser Weg 31, 35578 Wetzlar.

Martin Otto ●

Keine US-Militärbasen

Unter diesem Titel trafen sich auf dem Europäischen Sozialforum-ESF in London Organisationen, die ihren Widerstand gegen die über 700 US-Militärbasen, die sich außerhalb des US-Territoriums in über 100 Länder befinden, zu vernetzen. Das Anti-Basen Netzwerk ist bereits auf 300 Mitglieder gewachsen und hat eine Webseite entwickelt: www.nobases.net. Jede Gruppe bekommt auf dieser Webseite eine Seite und kann die eigene Geschichte und ihre Aktivitäten vorstellen.

50 Gruppen weltweit haben sich bereits hierfür angekündigt. Bei Interesse kontaktiert bitte in Englisch: Ben Moxham von der Organisation „Focus on the Global South“, ben@focusweb.org. Die zukünftige Planung beinhaltet eine 2-3 Tage Konferenz auf der die Grundlage dieses Netzwerkes ausformuliert und die Entstehung eines Internationalen Aktionstages organisiert werden soll.

Es gab auf dem ESF weitere Workshops u. a. „Nein zur Europäischen Militarisation: Schmeißt die US-Stützpunkte raus“ und „Gegen NATO, EU Militarismus und Ausländische Stützpunkte“. Die Griechin Sissy Vavou benannte, dass sich der Widerstand gegen Militärstützpunkte in Griechenland besonders auf die daraus entstehenden Umweltprobleme beziehen: „Militärische Übungen führen immer wieder zu verheerenden Waldbränden, die bereits große Flächen Griechenlands verwüsten haben. Diese Feuer sind einfach nicht unter Kontrolle zu kriegen und haben die Existenz vieler Zivilisten zerstört“.

ESF und DU-Munition

Auf dem Europäischen Sozialforum-ESF in London wurde ein wichtiger Film gezeigt: „Der Arzt und die verstrahlten Kinder in Basra“. Darin wird die Arbeit von Prof. Günther mit Opfern von DU-Munition eindrucksvoll dargestellt. Erst durch diesen Film wurde dem ESF die Dringlichkeit des Problems deutlich und ein spezieller Workshop eingerichtet. Leider kamen wegen der kurzfristigen Ankündigung wenige TeilnehmerInnen, sodass sich nur ein kleiner Kreis über die neuesten Erkenntnisse und Aufklärungsmaßnahmen zu diesem Thema austauschte. Eine neue Entwicklung in Großbritannien ist:

Fortsetzung Randspalte rechts →

Europäischen Sozialforum

Ein atomwaffenfreies Europa ist möglich!

Auf dem Europäischen Sozialforum in London im Oktober wurde ein europäisches Netzwerk „Abolition 2000 Europe“ auf den Weg gebracht und die europäische Zusammenarbeit der Anti-Atomwaffen-Aktivisten gestärkt.

Kritische Kommentare gibt es über das diesjährige Europäische Sozialforum in London – für manche war es zu sozialistisch, für manche zu liberal, zu kommerziell, zu zersplittert, zu wenig Strategie und zuviel Selbstdarstellung... Dass das Potential eines solchen Treffens der Zivilgesellschaft aber auch sehr positiv genutzt werden kann, zeigte die europäische Anti-Atomwaffenbewegung: Neben einem großen und überfüllten Plenum mit Life-Telefonschaltung zu Mordechai Vanunu und einigen kleineren Workshops, gab es eine Reihe von Strategietreffen mit sehr konkreten Ergebnissen.

Die Strategietreffen folgten einem internationalen Treffen im Vorfeld der Jahrestagung des Trägerkreises Atomwaffen abschaffen in Stuttgart. In London waren 28 Personen aus acht europäischen Ländern von Lettland bis Frankreich am „Abolition 2000 Europe“ - Prozeß beteiligt.

Diskussion über verschiedene Strategien einer europäischen Abrüstungspolitik

Dominique Lalanne von Stop Esaiés, Frankreich, stellte beim ersten Treffen hierfür seine Analyse der Rolle Europas für die Abrüstung von Atomwaffen vor. Er verglich dabei den Prozess hin zu einer Atomwaffenkonvention mit den Prozessen von Kyoto (Klima) und Ottawa (Landminen). Bei diesen hatte es jeweils starke soziale

Bewegungen zu den Themen gegeben, auf politischer Ebene hatte Europa eine initiale Rolle übernommen, und die Nicht-Beteiligung der USA hatte diese als „Schurkenstaat“ entblößt.

Auch beim Thema Atomwaffen, so Dominique Lalanne, könnte ein internationales Abkommen auf Initiative Europas und einer starken Bewegung der Zivilbevölkerung zustande kommen. Startpunkt hierfür könnte ein internationales Abrüstungsabkommen zwischen Großbritannien und Frankreich sein, bei dem man durch wirtschaftlichen Druck (u.a. durch Deutschland als Haupt-Kreditgeber) auch Russland ins Boot holt, später auch China und schließlich die USA. Während andere NGO's es für sinnvoller halten, direkt bei den USA und ihren Stützpunkten in Europa anzusetzen (siehe Randspalte), gibt es zudem in Frankreich keine Mehrheit für eine eigene einseitige Abrüstung, da die eigenen Atomwaffen als Schutz gegen eine US-Vereinbarung gesehen werden. Es wurde weiter zu bedenken gegeben, dass es bereits ein neu verlängertes Abkommen der US und britischen Regierung über ihre gemeinsame Atomwaffenstrategie gibt. In Osteuropa ist die Bewegung für die Atomwaffenabrüstung noch sehr klein, obwohl man sich z.B. in Lettland auch bewusst ist, dass Atomwaffen mehr zum Thema werden könnten, sollten amerikanische Atomwaffen dorthin verlagert werden.

„Parlamentarierarbeit macht nur Sinn, wenn der nötige Druck „von unten“ organisiert wird“, sagte Geri Laithwaithe von der „Campaign for Nuclear Disarmament“ aus Großbritannien, die die eigentliche Arbeit an der Basis sieht. „Der Bevölkerung sind Argumente wie „sich für den Nichtverbreitungsvertrag einsetzen zu müssen“

Fördert den Demo-Tourismus!! Aufruf zu gemeinsamen direkten Aktionen in Europa

Bomspotting XL in Brüssel, Mons und Kleine Brogel, Belgien, 16. April 2005

Kurz vor der Überprüfungskonferenz des Atomwaffensperrvertrages im Mai planen das „Forum voor Vredesactie“ und die „Bomspotting Campaign“ massive, internationale zivile Inspektionen an drei Orten in Belgien: Im NATO-Hauptquartier in Brüssel, im Militär-Hauptquartier der NATO in Mons und im Atomwaffenlager „Kleine Brogel“. Die Aktion soll ein deutliches Signal setzen für den Abzug der US-Atomwaffen aus Europa und ein Ende einer NATO-Strategie, die den Einsatz von Atomwaffen beinhaltet. „Bomspotter inspizieren die Orte, an denen der Einsatz von Atomwaffen vorbereitet wird, mit dem Ziel, diese Verbrechen zu verhindern.“ Weitere Infos: Bomspotting vzw, Patriottenstraat 27, 2600 Berchem, Belgien, www.bomspotting.be

G8-Aktion in Faslane, Schottland, 4. Juli 2005

Am Montag, 4. Juli 2005, vor dem G8-Treffen in Gleneagles, soll die britische Atomwaffenbasis Faslane dichtgemacht werden. In Faslane werden die britischen Atomwaffen mit der Zerstörungskraft von 1000 Mal der Hiroshima-Bombe auf Trident-U-Booten gelagert. Der schottische CND (Kampagne für nukleare Abrüstung) und „Trident Ploughshares“ sagen in ihrem Aufruf: „Die reichen Länder der Erde sind abhängig von ihrer überwältigenden Militärmacht, um eine Globalisierung zu verteidigen und voranzubringen, die ihnen erlaubt, die Armen zu unterdrücken und auszubeuten. Atomwaffen sind der ultimative Ausdruck der Militarisation, die wirtschaftliche Globalisierung möglich macht.“ Alle sind zu der Aktion willkommen: Ob als Beobachter, Blockierer oder Inspektoren über den Zaun oder übers Wasser. Weitere Infos: www.tridentploughshares.org/g8, 0044-141-4231222, 0044-845-4588366

viel zu abstrakt. Dagegen gewinnen wir ihr Interesse eher, wenn wir darüber reden, warum z.B. kein Geld an den Schulen für die Schulbücher unserer Kinder vorhanden ist oder welchen Zusammenhang es zwischen der Erhöhung von Krebserkrankungen in der Bevölkerung und dem Anstieg der Radioaktivität in der Umwelt durch die Atomwaffenproduktion gibt.

Synergieeffekte herstellen

Beim Austausch über die laufenden Aktivitäten in den verschiedenen Ländern kristallisierte sich bald heraus, dass es fünf verschiedene Arbeitsschwerpunkte gibt, die in vielen Ländern parallel verfolgt werden: Zum einen die Unterstützung der Bürgermeister für den Frieden und die Mobilisierung von möglichst vielen Menschen nach New York zur Überprüfungs-konferenz des Atomwaffensperrvertrags 2005, direkte Aktionen, Deklarationen verschiedenster Form, sowie Lobbyarbeit. Besonders bei den letzten drei Punkten kann eine europäische Vernetzung sinnvoll sein. Die Doppelung von Arbeitsaufwand wird zum Beispiel deutlich an den verschiedenen parallel entwickelten Unterschriftenaktionen für die Abschaffung von Atomwaffen in den Ländern: Während in den anderen europäischen Ländern der Schutzwall der Aktion Völkerrecht bei den NGOs weitgehend unbekannt war, war uns nicht bewusst, dass das World Court Project seine Deklaration in viele Sprachen übersetzt hat und vorschlägt, das Unterschriftensammeln auch als effektive Fundraising-Methode zu verwenden. So sammelte das World Court Project auf diese Weise in diesem Jahr 10.000 Pfund, die nun als Startkapital für das neue europäische Netzwerk dienen können. Aber nicht nur im Bezug auf internationale Unterschriftenaktionen ist wünschenswert, dass man sich, wo es sich als sinnvoll erweist, in Zukunft gegenseitig unterstützt. Auch bezüglich direkter Aktionen wurde eingeladen, sich grenzübergreifend zu beteiligen (siehe Kasten). Und schließlich wird es in Zukunft immer wichtiger, auch auf europäischer Ebene Lobbyarbeit zu machen. Während hier bisher hauptsächlich Großbritannien und Frankreich zusammengearbeitet haben, hatte Kate Hudson, Vorsitzende des britischen CND, den Gedanken, multinationale Lobbyarbeitsgruppen zu bilden, die Strategien erarbeiten und Gespräche führen. Eine besondere Rolle in der Lobbyarbeit könnten die europäischen „Swing States“ in der Atomwaffenfrage haben, also die Länder, die bisher eine eher schwache Position bezüglich Atomwaffen gezeigt haben, aber politisch ein großes Gewicht besitzen. Als solche gelten insbesondere Deutschland und Spanien, aber auch Belgien, Norwegen und Finnland. Ein

TeilnehmerInnen der Strategietreffen Abolition 2000 Europe



Foto: jk



Justitia-Skulptur „Survival of the Fattest“ vom dänischen Künstler Jens Galschiot, auf der ESF-Abschlußdemo am 17.10.2004

Foto: jk

gemeinsames Ziel auf europäischer Ebene kann auch eine Resolution des Europäischen Parlamentes für eine Atomwaffenkonvention sein.

Weitere Treffen geplant

Das Netzwerk „Abolition 2000 Europe“ soll für die Kommunikation in all diesen Fragen einen effektiven Rahmen bilden, ohne jedoch in eine bürokratische und hierarchische Struktur zu münden. Die Kommunikation läuft über die Email-Liste „eu-abolition2000@lists.riseup.net (Anmelden kann sich jedeR mit einer Mail an George Farebrother unter geowcpuk@gn.apc.org). Auch eine Webseite ist schon fast fertig: Auf www.abolition2000europe.org sollen die Mitglieder von Abolition 2000 in Europa sich und ihre aktuellen Aktivitäten in möglichst vielen Sprachen vorstellen. Wer das Thema auf europäischer Ebene intensiver weiterverfolgen möchte, kann sich hier auch auf Wunsch als Kontaktperson für „Abolition 2000 Europe“ vermerken lassen. Zudem werden Pol D’Huyvetter von For Mother Earth, Belgien, und George Farebrother vom World Court Project, UK, dort zentrale Informationen zur und Dokumente der europäischen Politik zusammenstellen.

Auch weitere Treffen des europäischen Netzwerks sind schon geplant: Im Zusammenhang mit dem Besuch von Hiroshimas Bürgermeister Akiba in Brüssel im Januar, in New York bei der NPT-Überprüfungs-konferenz im nächsten Mai, sowie beim nächsten Europäischen Sozialforum im Frühling 2006 in Athen.

Zu sagen bleibt nur noch, dass das Thema Atomwaffen auch bei der Abschlussdemo in London, mit 100 000 Teilnehmern, präsent war, im Motto: „No war! No nukes!“ – „Kein Krieg! Keine Atomwaffen!“

jk/mk

Julia Kramer war für die Pressehütte Mutlangen und Marion Küpker für die GAAA beim ESF in London ●

–> Fortsetzung

Golfkriegssyndrom existiert!

In Großbritannien fand dieses Jahr eine von dem hoch angesehenen ehemaligen Richter Lord Lloyd von



Berwick geleitete unabhängige Untersuchung über die Existenz des Golfkriegssyndroms statt. Dabei wurde aufgedeckt, dass bereits vorhandene Studien vom Verteidigungsministerium bislang ignoriert wurden und die Existenz dieses Syndroms durchweg geleugnet wurde. Dabei gibt es „viele Gründe“ dessen Existenz akzeptieren zu müssen. Die Kommission fordert, dass das Verteidigungsministerium einen sofortigen Fond für Entschädigungszahlungen an Veteranen erstellen soll und die Ergebnisse dieser Untersuchung ohne Verzögerung anerkennen muss. Der Bericht besagt außerdem, dass Kriegsveteranen zweimal so häufig an Gesundheitsproblemen leiden wie die Vertreter anderer Berufe. Als Ursachen dafür wird eine Kombination mehrerer Faktoren genannt: Pestizide, mit denen die Zelte eingesprüht wurden, verschiedene Impfungen, Nervengase und eben auch das Einatmen von Uranstaub („abgereichertes“ Uran). Auch wenn es weiterer Untersuchungen bedarf, muss das Verteidigungsministerium akzeptieren, dass die Erkrankungen die Ergebnisse des Kriegseinsatzes im Golfkrieg 1991 sind. Die Frage, ob diese Krankheiten als Syndrom bezeichnet werden kann, wurde von der Kommission bejaht: „Diese umfassenden Krankheitssymptome haben ein ungewöhnliches Ausmaß in ihrer Intensität. Sie beinhalten Krebserkrankungen, chronische Müdigkeit, Hautausschläge, traumatischer Stress und schmerzende Gelenke“. Tony Flint, Sprecher der Organisation der britischen Golfkriegsveteranen, erklärte hierzu: „Dieser Bericht ist besser als wir erwarteten und entspricht dem was Golfkriegsveteranen schon seit Jahren über das Golfkriegssyndrom sagen. Die Anerkennung des Golfkriegssyndrom bedeutet uns sehr viel“. Es wird davon ausgegangen, dass 6000 britische Soldaten am Golfkriegssyndrom leiden.

mk ●

Mitgliederversammlung

Die neu gewählte Spitze unseres Vereins symbolisiert den Beginn eines Generationenwechsels und bekräftigt das Bekenntnis zum Zivilen Ungehorsam als gewaltfreie Mittel in der politischen Auseinandersetzung.

Die Verwalterin der Pressehütte Gabi Blessing berichtete, dass die Belegungszahlen der Pressehütte gut seien, die Wochenenden seien in der Regel belegt. Um zu einer wirtschaftlichen Ausnutzung zu kommen sollten allerdings noch Gruppen und Initiativen gefunden werden, welche die Pressehütte auch unter der Woche nutzen.

Der Projektkoordinator der Pressehütte Wolfgang Schlupp-Hauck zog eine positive Bilanz der internationalen Aktivitäten im Rahmen der Kampagne „Auf keinem Auge blind - atomwaffenfrei bis 2020“. Für die Aktionsreise nach New York zur Überprüfungs-konferenz des Atomwaffensperrvertrages seien schon eine ganze Reihe junger Interessierter und engagierter Jugendlicher angemeldet. Lokal arbeite er im Arbeitskreis für den Geschichtspfad „Mutlanger Heide“ mit.

Der 1. Vorsitzende Franz Blessing und die 2. Vorsitzende Marianne Späh bedankten sich bei den scheidenden Vorstandsmitgliedern Holger Isabelle Jänicke, Konrad Moll und Wolfgang Schlupp-Hauck für deren geleistete Arbeit. Auch Späh selbst stellte sich nicht mehr zur Wahl. Zum neuen Vorsitzenden wurde Volker Nick gewählt, zur Stellvertretung Julia Kramer.

Nick, Initiator der Kampagne „Ziviler Ungehorsam bis zur Abrüstung“ in den 80er Jahren, verkörpert Ursprung und Tradition der Mutlanger Friedensbewegung, Kramer die Internationalisierung der Friedensarbeit der Pressehütte. Sie kam nach Abschluss eines Politologiestudiums in Bradford in „Internationaler Konfliktlösung“ neu ins Team der Pressehütte. Weiter wurden in den Vorstand gewählt Franz Blessing, Christa Schmaus und Paul Späh als Kassenführer.

Zu danken gilt es auch den Unterstützern der Arbeit der Pressehütte: Heidelberger Zement, Berghofstiftung, Internationaler Versöhnungsbund, Weleda, Bürgermeisteramt Mutlangen, Bäckerei Stemke, Naturkost Aura, IPPNW; Bundeszentrale für politische Bildung, büro sieber und allen Nichtgenannten. **wsh ●**

9. Jahrestagung der GAAA

Vom 5. bis zum 7. November waren wir - wie ein Jahr zuvor an gleicher Stelle, - wieder 13 Aktive, die sich im Tagungshaus „Altes Amtsgericht“ in Fronhausen bei Marburg trafen, um auf die vergangenen Monate zurückzublicken und Pläne für das kommende Jahr zu schmieden.

Die Öffentlichkeitsarbeit im Hinblick auf die NPT-Konferenz im Mai 2005 ist wie schon vor Jahresfrist wieder ein Hauptthema für uns gewesen. Wir sind an etliche BürgermeisterInnen herangetreten mit der Anregung, den Mayors for Peace beizutreten. So haben wir dazu beigetragen, dass sich die Zahl der deutschen Mitgliedsstädte erhöht hat. (Bis Anfang November waren es etwa 170.) Es sind aber auch neue Aktionsformen entstanden, von denen vor einem Jahr noch nicht die Rede war, beispielsweise das „weltweit wachsende Denkmal Völkerrecht“ und „Mal dir den Frieden“.

Auch im Bereich Ziviler Ungehorsam hat sich für uns etwas verändert. Die Versuche von „Zivilen Inspektionen“, die wir praktisch seit Bestehen der GAAA unternommen haben, sind - zumindest vorübergehend - abgelöst worden durch öffentliche Aufrufe zur Befehlsverweigerung an die Soldaten von Büchel. Ob wir damit eine politisch und/oder juristisch erfolgversprechendere Aktionsform gefunden haben, wird sich zeigen.

Wir sind „internationaler“ geworden. Julia Kramer und Marion Küpker erzählten uns von ihren Reisen nach New York, London, Brüssel und Gent. Demnächst soll es eine GAAA-Webseite im neu entstehenden Netzwerk „Abolition 2000 Europe“ geben, auf der wir unsere Aktivitäten in vielen verschiedenen Sprachen vorstellen. Wir haben die Hoffnung, den weltbekanntesten israelischen Whistleblower Mordechai Vanunu für das nächste Jahr zu einer Rundreise durch deutsche Städte einladen zu können.

Weiterhin planen wir eine Rundreise Anfang

Mai mit dem Tübinger Märchenerzähler Hans-Jörg Ostermayer anlässlich der New Yorker NPT-Konferenz sowie eine „Nacht der Hunderttausend Kerzen“ anlässlich der Gedenkfeiern zum 60. Jahrestag des Atombombenabwurfs auf Hiroshima

Dass wir seit Anfang 2004 einen neuen Status als korporatives Mitglied der DFG-VK haben, hat den GAAA-eigenen Arbeitsstil nicht zum Negativen verändert. Nicht nur angenehm war hingegen die Zusammenarbeit mit dem Förderverein Frieden, die zu finanziellen Engpässen führte. Mit energischem Nachhaken beim Förderverein, zukünftig wieder solider zu arbeiten, wurde der auf der Tagung gefasste Beschluss, das Konto beim Förderverein aufzulösen, zurückgestellt

Unsere nächste Jahrestagung wollen wir im Oktober oder November 2005 mal wieder in Rheinland-Pfalz abhalten, nachdem die letzten vier alle in Hessen stattgefunden haben: Das Wochenende vom 4. bis 6.11.05 im Friedens- und Umweltzentrum Trier bietet sich an, weil wir direkt eine Aktion am nicht allzu weit entfernten US-Militärflughafen Spangdahlem am Uranwaffen-Aktionstag 6. November anhängen können. Das Wochenende 28.-30. Oktober böte sich an, da an diesem Wochenende vermutlich mehr Aktive Zeit haben, die sonst eine Woche später bei den Protesten gegen den dann vermuteten Castor-Transport dabei wären.

Wer bei der 9. Jahrestagung nicht dabei war und das ausführliche Protokoll zugeschickt bekommen möchte, kann es sich bei mir bestellen: Tel.06441-25462.

Martin Otto ●

*Foto: Hans A. Dresler
TeilnehmerInnen der GAAA Jahrestagung*



„ Mission impossible ?“

Rüstungskontrolle im Weltraum

Irak, Kosovo, Afghanistan, Irak: Der Weltraum wird immer mehr in die Kriegsführung mit einbezogen. Diese Entwicklung analysierte das Büro für Technikfolgen-Abschätzung im Forschungszentrum Karlsruhe für den Bundestag. Wir stellen im FreiRaum die Ergebnisse der Analyse und die Handlungsvorschläge für eine an Abrüstung orientierte Politik vor.

Aufgrund der strategischen Überlegungen und Zielsetzungen in den US-amerikanischen Planungsdokumenten zur „Überlegenheit im Weltraum“ sowie den Technologieentwicklungen in diesem Zusammenhang, kommt die Arbeitsgruppe zu folgenden Schlüssen:

- Mikrosatelliten/Serviceboter zum Einsatz gegen andere Satelliten können den ersten Schritt zur Verwirklichung der umfassenden Kontrolle des Weltraums darstellen.

- Luftgestützte Laserwaffen gegen (taktische) ballistische Raketen werden kontinuierlich weiterentwickelt zum Einsatz gegen Weltraumziele.

- Bodengestützte „Kill-Vehicle“ zum Einsatz gegen Satelliten (Zerstörung mittels Kollision) können im Zusammenhang mit Projekten der Raketenabwehr entwickelt werden.

- Bodengestützte Laserwaffen zur Störung sind bereits verfügbar und können in solche zur Schädigung oder Zerstörung von Weltraumzielen mittelfristig aufgerüstet werden.

- * Bodengestützte Hochleistungs-Mikrowellen-Waffen zum Stören von Satelliten sind kurz- bis mittelfristig einsatzfähig.

- Weltraumgestützte Laserwaffen werden zurzeit mit reduziertem Aufwand verfolgt, die Termine für Tests und Stationierung sind weit nach hinten gerückt worden.

- Weltraumgestützte „Kill-Vehicle“, zur Zerstörung mittels Kollision, werden trotz der großen technischen Probleme weiter verfolgt.

Die geltenden Rüstungskontrollverträge legen der militärischen Nutzung des Weltraums keine engen Fesseln an. Nach der Kündigung des

ABM-Vertrages sind alle diese Optionen in keiner Phase ihrer Entwicklung bis einschließlich ihrer Stationierung untersagt.

Obwohl die große Mehrzahl der Staaten sich seit Jahren über die Gefahr eines Wettübens im All besorgt zeigt, ist eine Fortentwicklung des rechtlichen Regelwerks seit vielen Jahren nicht erfolgt. Meinungsverschiedenheiten zwischen den USA und China blockieren die Genfer Abrüstungskonferenz (CD) seit der zweiten Hälfte der 1990er Jahre. Angesichts der verhärteten Fronten scheint es utopisch, rüstungskontrollpolitische Handlungsperspektiven zu diskutieren. Andererseits weiß man aus Erfahrung, dass sich politische Rahmenbedingungen national wie international ständig wandeln.

Es gibt drei Handlungsperspektiven:

- Gesprächs- oder Verhandlungsprozess ohne die USA (und andere verhandlungsunwillige Staaten) außerhalb der CD ansiedeln, unter Einbeziehung zivilgesellschaftlicher Akteure.

- Den Stillstand dadurch zu überwinden, dass ein Gesprächs- oder Verhandlungsprozess lediglich zu Vertrauens- und Sicherheitsbildenden Maßnahmen für den Weltraum initiiert wird.

- Unter Beteiligung möglichst vieler Staaten und der USA eine Regulierung von offensiven und aggressiven Weltraumwaffen zunächst auf der Ebene eines Stationierungsverbots anstreben.

Die Ergebnisse eines Verhandlungsprozesses dieser Art wären rüstungskontrollpolitisch wertvoller als ein umfassendes Abkommen ohne Beteiligung der USA oder Vertrauens- und Sicherheitsbildende Maßnahmen, bei denen die Kernprobleme der Thematik ausgespart bleiben.

Die Überwindung der derzeitigen Blockadesituation ist eine dringliche politische Herausforderung. Schon kleine Fortschritte – wie die Aushandlung einzelner vertrauensbildender Maßnahmen für den Weltraum – stellen ein lohnenswertes Ziel dar.

wsh ●

Raketenabwehr

Eigentlich sollten die ersten Raketenabwehrsysteme jetzt einsatzfähig sein. Vor zwei Jahren hat US-Präsident Bush dies vollmundig versprochen. Doch die Programme kämpfen mit technischen Schwierigkeiten und Kostenexplosionen.

Tatsächlich wurden im Juli fünf Abfangraketen in Fort Greely (Alaska) in Silos platziert. Diese wurden bisher noch nie getestet, ebenso die Software des „Kill Vehicle“. Wann ein gemeinsamer Test stattfindet ist noch unklar.

Die Abfangraketen in Fort Greely sind zudem blind. Die dazugehörigen Systeme, ein seegestütztes X-Band-Radar, die Überwachungssatelliten (STSS) und die Infrarot-satelliten (SBIRS-High), existieren noch nicht. Das Radar „Cobra Dane“ in Shemya (Alaska) kann nicht zwischen Sprengköpfen und Täuschkörpern unterscheiden. Es ist nicht darauf ausgerichtet Raketen aus Nordkorea zu verfolgen.

Plaiten, Pech und Pannen

Doch nicht nur die bodengestützten Abwehrsysteme, auch die Entwicklung der auf Ägäis-Schiffen seegestützten Abfangraketen und der luftgestützte Laser (ABL) hinken dem Zeitplan beträchtlich hinterher. Diese Schwierigkeiten schaffen weitere Zeit für Protest und politische Einflussnahme.

Europa wird einbezogen

Raketenabwehr wird nicht nur fernab in den USA geplant, sondern auch in Europa. In Polen, Tschechien und Großbritannien suchen die US-Militärs ein Stationierungsgelände für weitere Abfangraketen.

In Deutschland hat eine Arbeitsgruppe im Verteidigungsausschuss empfohlen, dass sich Deutschland am Raketenabwehrsystem MEADS (Medium Extended Air Defense System) beteiligt, das gemeinsam mit den USA und Italien entwickelt und gebaut werden soll. MEADS soll Soldaten im Gefechtsfeld schützen. Der Bundestag muss noch einen entsprechenden Beschluss fassen, es ist Lobbyarbeit gegen eine solche Entscheidung möglich und nötig!

Ob gewollt oder nicht, werden die MEADS-Aktivitäten als ein Bestandteil des umfassenden US-Raketenabwehrprojekts gewertet. Die Frage ist, ob ein solches Signal, das man den USA auf diese Weise gibt, der doch vielfach skeptischen Position Deutschlands gegenüber den regionalen und globalen Abwehrprogrammen gerecht wird.

wsh ●

Quellen & Informationen:
www.basicint.org/nuclear/NMD/2004demos.htm, www.hsfk.de/abm/forum/meads.htm



ASSAT - Antisatellitenwaffen,
SBL - weltraumgestützte Laserwaffen -
KV - Kill-Vehicle

**Aktion Völkerrecht:
Jetzt Starterpaket bestellen!**

Aktuelles Ziel der Heidelberger Schülerinitiative „Aktion Völkerrecht“ ist es, im Mai 2005 möglichst viele Teilstücke des symbolischen Schutzwalls für das Völkerrecht nach New York zu bringen und sich bei der Überprüfungskonferenz zum Atomwaffensperrvertrag aktiv in die Verhandlungen über unser aller Zukunft einzumischen. Der Schutzwall steht für die Einhaltung des völkerrechtlich festgelegten Gewaltverbots und der Abrüstung der Atomwaffen.

Die Schüler bieten hierfür inzwischen auf ihrer Internetseite (www.a-vr.org) unter dem Menüpunkt „mitmachen“ Startpakete zur Bestellung an. Ein solches Startpaket enthält: 500 Bauklötze, Dübelstangen zum Zusammenstecken der Klötze, Infomaterial, eine Info-DVD, 2 Plakate (DIN A 1), eine Unterschriftenmappe und alles andere, um sofort loslegen zu können. Die Bestellung der Pakete ist vorerst kostenlos, jedoch sollte versucht werden, dass den Schülern, die die Startpakete mit Hilfe eines Kredits der Bewegungstiftung vorfinanzieren, durch gesammelte Spenden die Unkosten für das Startpaket (300 Euro) erstattet werden. Nur so können sie diese weiterhin anbieten, ohne dabei pleite zu gehen. Zusätzlich kostet der Transfair nach New York noch mal 50 Euro, so daß die gesamten Unkosten mit 70 Cent pro Baustein



Foto: Peter Kolbe

gedeckt werden können. Die fertigen Schutzwallstücke können im April mit einem vorgefertigten Paketschein zu einer Spedition nach Frankfurt geschickt werden (Adresse wird noch bekannt gegeben). Von dort werden sie dann nach New York transportiert und beim Städte-Friedensfest der Bürgermeister für den Frieden zusammengesetzt.

Felix Fellmer
Aktion Völkerrecht
Brückenstr. 30,
6910 Heidelberg,
Tel. 06221-277 91

Nuclear Weapons Inheritance Project

Die kommende Generation will keine Atombomben erben

Was sind die Gründe für den fehlenden Nachwuchs der Anti-Atomwaffenbewegung? Die Illusion, die Welt sei seit Ende des Kalten Krieges sicherer geworden? Resignation darüber, angesichts des überdimensionalen Problems machtlos zu sein? Oder fehlen einfach die richtigen Methoden, um das Thema einer Generation näherzubringen, die ständig einer großen Flut von um Aufmerksamkeit buhlenden Informationen ausgesetzt ist?

Das Nuclear Weapons Inheritance Project, in dem ich mich engagiere, ist ein Projekt von Studierenden für Studierende, das die Frage stellt: Wollen wir, als Generation zukünftiger Entscheidungsträger, das Erbe Atomwaffen antreten? Ein tödliches Erbe, das früher oder später außer Kontrolle geraten muß? Wenn unsere Antwort darauf Nein lautet, wie können wir Illusion und Resignation überwinden?

Die Illusion zerstören wir durch die Vermittlung von Basiswissen. Fakten, die Argumente und einen Überblick liefern, ohne dafür dicke Bücher wälzen zu müssen.

Resignation kommt bei der Arbeit im Projekt nicht auf. Im Gegenteil, das Veranstalten von Dialogen in Atomwaffenstaaten und von Trainingsworkshops sind Ziele, die erreichbar sind, Erfolgserlebnisse liefern und die schon in der Vorbereitung mit der internationalen Projektgruppe viel Spaß bringen.

Jeder der an einem Trainingsworkshop teilnimmt, wird dafür ausgerüstet, selber einmal einen Dialog oder Workshop zu veranstalten. Er kann sofort Teil des Projektes werden und sich über unseren e-mail Server an den Planungen beteiligen, egal wo er lebt. Dadurch hat unser Projekt jetzt schon Mitglieder aus ca. 20 Ländern und trägt zur Bildung einer internationalen kritischen Studierendenschaft bei.

Die Grundprinzipien, nach denen Workshops und Dialoge veranstaltet werden sind:

- Vermittlung von Basiswissen, das einen Überblick und Meinungsbildung erlaubt
- Interaktivität statt Frontalunterricht zur Anregung von Denkprozessen
- Gedankenaustausch statt Aufdrängen fertiger Meinungen

Um einen Eindruck vom Ablauf eines Dialoges zu geben, hier unser Bericht aus Peking, vom 18.9.2004:

Der Raum ist gefüllt mit ca. 30 gespannt wartenden, vor allem chinesischen Studenten, sowie fünf etwas nervösen Mitgliedern des Nuclear Weapons Inheritance Project.

Nach einer kurzen Vorstellung eröffnet Cäcilie mit der Frage: „Wer von euch ist der Meinung, das China Atomwaffen haben sollte?“

Alle im Publikum melden sich.

Ein Student in der ersten Reihe ist Wortführer und begründet seine Meinung ausführlich. China sei ein sehr friedliches Land, brauche die Waffen aber zu seiner Verteidigung, schließlich haben z.B. die USA x mal mehr Waffen.

Seine Kommilitonen stimmen ihm zu. Die Frage wird laut, warum keine Studenten aus

anderen Atomwaffenstaaten anwesend seien. Eine russische und eine amerikanische Studentin und ein indischer Student melden sich zu Wort und erklären, dass sie die Situation der Chinesen aus eigener Erfahrung kennen und weshalb sie persönlich gegen Atomwaffen sind.

Nach einer kurzen Präsentation der medizinischen Folgen eines Atomangriffs wird der eigentliche Dialog eröffnet, in dem Fragen und Argumente aus dem Publikum von der Projektgruppe beantwortet werden. Jeder von uns hat sich auf ein Thema, wie z.B. Abrüstungsabkommen spezialisiert und so sind wir in der Lage, alles umfassend zu beantworten. Sehr bald beteiligen sich immer mehr chinesische Studenten an der Diskussion und der anfänglich skeptische Ton, wohl begründet in dem Glauben, wir wären nur gekommen um China zu kritisieren, weicht einem konzentrierten und ehrlichen Gedankenaustausch in freundlicher Atmosphäre. Es wird mehrfach geäußert, daß man überall auf der Welt alle



Foto: NWIP

Chinesische TeilnehmerInnen im NWIP-Workshop in Peking

Atomwaffen abschaffen muß und dass man dafür starke internationale Verträge brauche.

Trotz einiger Zweifel, ob es schon ausreichend starke internationale Institutionen gibt, sind sich am Ende alle einig, wie wichtig es ist, daß sich jeder einzelne für die Nuklearwaffenkonvention einsetzt. Der Student aus der ersten Reihe, der Chinas Atomwaffen am Anfang so verteidigt hat, meldet sich noch einmal und sagt:

„Ich bin wirklich froh, hier gewesen zu sein. Vorher dachte ich immer, die anderen Länder sind China gegenüber aggressiv. Jetzt weiß ich, dies ist nicht der Fall. Ich glaube, wenn wir hier alle die Politiker wären, dann würde die Welt ganz anders aussehen.“

Am nächsten Tag kommt eine Gruppe acht chinesischer Studenten auf uns zu, die an dem Thema weiterarbeiten will und uns für weitere Dialoge nach Peking einlädt.

Etliche andere Dialoge und Workshops sind in Planung, zu denen ich alle Interessierten im Namen des Projektes sehr herzlich einladen möchte!

Inga Blum,
Projektkoordinatorin, gemeinsam mit Camilla Mattson, Schweden und Cäcilie Buhmann, Dänemark

Kontakt: ingablum@gmx.de
www.ipnpw-students.org/NWIP/

Jugendliche gegen Atomwaffen

In Mutlangen, wo früher Atomraketen lagerten, fand im November ein Seminar für junge Interessierte am Thema atomare Abrüstung statt.

Zwar ist der Kalte Krieg vorbei und die Atomwaffen, gegen deren Stationierung damals in Mutlangen protestiert wurde, sind verschrottet. Doch auch heute leben wir tagtäglich neben Waffen, die in einem Moment Hunderttausende töten können. Waffen mit einer Sprengkraft, die die Atombomben von Hiroshima oder Nagasaki um das Vielfache übertreffen. Die Gefahr eines Atomkriegs ist laut des Chefs der IAEA (Internationale Atomenergie Organisation) El Baradei heute so hoch wie nie zuvor.

Doch viele Jugendliche wollen die Gefahr durch Atomwaffen nicht von der letzten Generation erben. So auch acht Jugendliche aus Deutschland und der Schweiz, die vom 12. bis 14. November ein Seminar über Atomwaffen in der Pressehütte Mutlangen besuchten.

Neben Fakten zum Thema Atomwaffen, die die Expertin Regina Hagen anschaulich vortrug, interessierte die Teilnehmer des Seminars in Mutlangen auch die Frage, wieso sich um dieses Thema heutzutage kaum jemand kümmert.

Ernüchterndes Unwissen

In Ellwangen befragten die Jugendlichen hierzu Passanten aller Altersgruppen. Was immer wieder auffiel, war das erschreckend große Unwissen in der Bevölkerung. Schon auf einfache Fragen, wie „Welche Länder besitzen offiziell Atomwaffen?“ kamen magere Antworten. Die Krönung war ein Jugendlicher, der behauptete, dass es „schlimm“ mit der Welt ausgehen würde, sollten die USA die Atomwaffe erfinden.

Nach dieser ernüchternden Befragung kehrten die Teilnehmer zurück und beschäftigten sich damit, wie man diesen Missstand verändern und sich für die Abrüstung der Atomwaffen einsetzen könnte. Unter der Leitung von Inga Blum lernten sie in praktischen Übungen den Umgang mit der Presse und mit Politikern.

Aktionsreise nach New York

Die teilnehmenden Jugendlichen haben nun ein Ziel, um auf die Politik Einfluss zu nehmen:

Die UNO in New York. Dort wird nämlich im Mai 2005 der Atomwaffensperrvertrag bei der UNO überprüft. Auf der von der Friedenswerkstatt geplanten Aktionsreise dorthin, auf die das Seminar vorbereitet hat, wird sich die Möglichkeit für Pressearbeit und Lobbygespräche voraussichtlich oft ergeben.

Es ist für die Jugendlichen eine einmalige Gelegenheit, einen Einblick in eine solche Konferenz und die damit zusammenhängende Lobbyarbeit zu bekommen. Sie selbst werden die Möglichkeit haben, mit Politikern zu reden, an Demonstrationen, Workshops und Seminaren teilzunehmen und natürlich auch New York und seine Menschen kennenzulernen. Übrigens wurde von den SeminarteilnehmerInnen auch der beiliegende Brief an die Abgeordneten des Ausschusses für Abrüstung initiiert – als Briefaktion zum weiterschicken.

Philipp Kramer ●



Jetzt regelmäßig im FreiRaum:
Jugendseite

Ab sofort gibt es an dieser Stelle „Jugend in Aktion“, als Forum speziell von und für Jugendliche und junge Erwachsene. Also, schickt uns Eure Berichte, Fotos, Ankündigungen usw., schreibt uns über Eure Aktionen, Infos, Erfahrungen im Engagement für eine friedlichere und atomwaffenfreie Welt, und was Euch sonst noch so einfällt!!

Vielen Dank für Eure Vorschläge, Ideen und Inputs im Voraus! Gemeinsam können wir es schaffen!
Julia:

post@pressehuette.de



**“Peace Not War”
CD's jetzt zu
bestellen!**

Besonders seit dem Afghanistan- und Irakkrieg hat sich eine neue Generation von Protestliedern gegen Krieg und die imperialistische US-Politik entwickelt. Einen

Querschnitt durch kritische, nachdenkliche, radikale und visionäre Lieder der letzten Jahre haben Künstler der „Peace not War“-Initiative zur Verfügung gestellt, um zwei Doppel-CDs zusammenzustellen. Der Erlös des Verkaufs soll gewaltfreien Friedensgruppen (in dem Fall der Pressehütte) zugute kommen. Die verschiedensten Musikstile sind auf den CD's vertreten, von „Beats“, „Chords“, „Rock & Punk“ bis „Acoustic“.

Auf der CD Volume I hört ihr u.a. Songs von Public Enemy, Massive Attack, Midnight Oil, Chumbawamba, Billy Bragg, Asian Dub Foundation..... Auf Volume II sind u.a. Ani DiFranco, Sonic Youth, Gertrude, Jane's Addiction, Propagandhi u.v.m. zu hören. Übrigens: Kostproben der CD's gibt's auf der Webseite www.peace-not-war.org!

Die Doppel-CD's sind erhältlich für 12,50 Euro zuzüglich Versand bei der Friedenswerkstatt Mutlangen, post@pressehuette.de.

Bitte Adresse und Volume-Wunsch angeben!

jk ●

11

Seminar in der Pressehütte, Foto: wsh



Der ehemaliger Strahlenexperte der Weltgesundheitsorganisation (WHO) Dr. Keith Baverstock berichtete auf einer Konferenz über radioaktive Niedrigstrahlung im Juni in Edinburgh, Großbritannien, welcher Druck auf ihn ausgeübt wurde, damit er die Gefahren von Radioaktivität bei seinen Studien ignorieren solle. In seinem Vortrag argumentierte Dr. Keith Baverstock mit den für die verantwortlichen Regierungen fällig werdenden Entschädigungszahlungen an Soldaten, die Opfer von Atomtests und Uranwaffen wurden. Zudem habe das Runterspielen der Strahlenrisiken durch die zuständigen Behörden das öffentliche Vertrauen in die Wissenschaft und Technologie zerstört.

Während Dr. Baverstock für die WHO arbeitete, schrieb er im November 2001 einen Bericht über Krebsrisiken, die durch den Uranstaub von Uranwaffen ausgelöst werden. Dieser Bericht wurde vom Internationalem Strahlenschutzkomitee (ICRP), der Internationalen Atomaufsichtsbehörde (IAEA) sowie den Verantwortlichen der WHO unterdrückt.

In seinem Bericht beschreibt er, dass nichtlösliches „abgereichertes“ Uran, welches über einen längeren Zeitraum in der Lunge verbleibt, dort aufgrund seiner radioaktiven und chemischen Eigenschaften genetisch toxisch wirkt. Das Uran verbindet sich mit der DNA und den Proteinen und wird langsam vom Lungengewebe ins Blut transportiert, von wo aus es sich durch den gesamten Körper bewegen kann. Ein weiteres potenzielles Krebsrisiko geht vom „bystander“-Effekt aus, womit gemeint ist, dass bestrahlte Zellen einen Schaden an benachbarte gesunde Zellen weitergeben.

Als die WHO über diese drei Mechanismen informiert wurde, ignorierte sie diese in ihren weiteren Arbeiten und unterdrückte die Veröffentlichung dieser eigenen Recherche.

Dr. Baverstocks Bericht ist im Englischen im Internet zu finden: <http://www.mindfully.org/Nucs/DU-Radiological-Toxicity-WHO5nov01.htm> mk ●

Hiroshima Welttribunal zum Irak untersucht Kriegsverbrechen durch Uranwaffen

„Aufgrund der radioaktiven Eigenschaften von DU (depleted uranium, „abgereichertes“ Uran) können bei Frauen und Kindern einschneidendere Auswirkungen erwartet werden als bei Männern. Frauen sind empfänglicher für den durch Strahlen bedingten Krebs, da Brust und das Gewebe der Fortpflanzungsorgane sehr strahlungssensibel sind. Kinder sind aufgrund ihres noch im Wachstum begriffenen Stoffwechsels anfälliger gegen radioaktive Strahlen; aufgrund ihrer längeren Lebenserwartung können bei ihnen außerdem auch die meisten anderen Krebsarten ausgelöst werden. Das Hinterlassen von DU in der Umwelt ist vergleichbar folgenreich, wie das Verminen mit Landminen, welche auch dann noch töten, wenn der Krieg bereits beendet ist.“

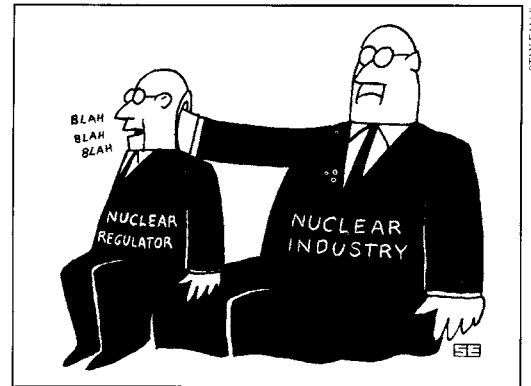
Rosalie Bertell

Mit dieser Aussage wies die Strahlenexpertin Dr. Rosalie Bertell auf die Gefahren von DU-Munition hin, als sie vor dem „Hiroshima World Tribunal on Iraq“ als Zeugin auftrat. Dieses Tribunal fand am 10. und 11. Oktober 2004 in Hiroshima statt und diente dazu, mögliche Kriegsverbrechen durch den Einsatz von Uranwaffen im Irak zu untersuchen. Rosalie Bertell hat einen Bericht erstellt, in welchem sie sowohl die Studien von Regierungen und offiziellen Institutionen als auch diejenigen von unabhängigen Organisationen und Personen unter die Lupe nimmt. Ihre Erkenntnisse hat sie in dem auf Englisch erschienenen Buch „Uranium In The Wind“ von Ross Wilcock veröffentlicht, welches für 25 Euro bei Marion Kúpker, Beckstr. 14, 20357 Hamburg bestellt werden kann. Einige wichtige Aussagen werden hier nun kurz zusammengefasst.

Weltweit widersetzen sich Wissenschaftler, Rechtsexperten und andere verantwortungsbewusste Menschen dem Kriegseinsatz von Uranwaffen und brachten das Problem vor das Menschenrechtstribunal der UNO. Obwohl von den verantwortlichen Regierungen und Institutionen Millionen Dollar für Studien ausgegeben wurden, konnte der Grund für die vorhandenen weit verbreiteten Erkrankungen von offizieller Seite nicht gefunden werden.

UNO wird falsch beraten

Die Internationale Atomenergiebehörde (International Atomic Energy Agency, IAEA, Wien) definierte zusammen mit den anderen UNO-Organisationen Internationale Arbeitsorganisation (International Labor Organization, ILO, Genf), Welternährungs- und Landwirt-



schaftsorganisation (Food and Agriculture Organization, FAO, Rom) und der Weltgesundheitsorganisation (World Health Organization, WHO, Genf) grundlegende Sicherheitsstandards (Basic Safety Standards - BSS) zum Umgang mit Radioaktivität. Die BSS basieren auf Empfehlungen der Internationalen Kommission über Radiologische Sicherheit (International Commission on Radiological Protection, ICRP) und des Wissenschaftskomitees der UNO über die Auswirkungen atomarer Strahlung (United Nations Scientific Committee on the Effects of Atomic Radiation, UNSCEAR). Eine kleine Gruppe von 13 Personen – allesamt männlichen Geschlechts – haben in Personalunion die entscheidenden Positionen in ICRP und UNSCEAR besetzt. Beide Organisationen wurden geschaffen, um alle UN Einrichtungen über Strahlenschäden zu beraten, um so die Menschen zu „schützen“. Die ICRP ist eine selbsternannte und sich selbst verewigende Nichtregierungsorganisation von Physikern, Radiologen und Medizinal-Bürokraten aus dem Verwaltungsapparat der Atomkräfte. Ihre engen Aufnahmekriterien schließen Personen aus, die in Onkologie, in Kinderheilkunde sowie in der Behandlung von Berufskrankheiten ausgebildet und im öffentlichen Gesundheitswesen tätig sind. Bei ICRP und UNSCEAR handelt es sich hingegen nicht um öffentliche Gesundheitseinrichtungen. Die ICRP trifft nach eigenem Gutdünken eine Abwägung darüber, welche Gesundheitsrisiken mit einem bestimmten Maß an radioaktiven Strahlengefahren vereinbar sind. Von der UNSCEAR wird anschließend abgesehen, was nach ihren Kriterien für die „Gesellschaft“ als akzeptabel zu gelten hat. Kein anderer Industriezweig kann eine derart komfortable Form der Selbstüberprüfung nutzen; es ist so, als würde man sich darauf verlassen, dass die Zigarettenindustrie uns korrekt über die Gefahren des Rauchens informiert.

Wie fragwürdig die BSS sind, verdeutlichen die unterschiedlichen Grenzwerte mit denen Aufräumarbeiten, sog. clean ups in radioaktiv verstrahlten Gebieten, gerechtfertigt werden. Im Vordergrund steht nicht der Schutz der menschlichen Gesundheit, sondern es fließt das in Grenzwerte und Strahlenschutzgesetze ein, was unter dem Gesichtspunkt der Kosten als vertretbar gilt.



Denn sie wussten was sie tun

Die Verwendung von radioaktivem Staub wurde erstmals am 30. Oktober 1943 von US-Wissenschaftlern des so genannten Manhattan Projektes (zum Bau der Atombombe) vorgeschlagen, als sie sich in einem Memo an den Direktor des Projektes, General Leslie Groves, wandten. Darin wiesen die Wissenschaftler darauf hin, dass das Uran dazu genutzt werden könne, Luft, Wasser und die Umwelt radioaktiv zu verseuchen. Das Einatmen (Inhalation) von radioaktivem Material würde genügen, um „innerhalb weniger Stunden bis zu wenigen Tagen“ zu bronchialen Irritationen zu führen. „Das Material müsste nur durch am Boden abgefeuerte Geschosse, Fahrzeuge oder Luftbombardierungen in extrem kleinen Partikeln in mikroskopischer Größe (gasähnlich) in Form von Staub und Rauch in die Umwelt gebracht und verteilt werden. In dieser Form würde es durch die Soldaten inhaled werden. Die Menge, die nötig ist, um den Tod einer Person mit diesem Material herbeizuführen, ist extrem klein. Es wurde geschätzt, dass ein Millionstel eines Gramms (1 Tausendstel Mikrogramm) im menschlichen Körper bereits fatal sein würde. Gegen eine solche Einwirkung sind keine Behandlungsmöglichkeiten bekannt.“

Wasserunlösliche und extrem kleine Uranpartikel entstehen vor allem beim Aufprall der DU-Munition auf ein hartes Ziel wie z. B. einen Panzer. Dabei entwickeln sich Temperaturen von 3000 und 6000 Grad Celsius.

Uran im menschlichen Körper

Der menschliche Körper benötigt zwar eine Reihe von Metallen in Form von Spurenelementen, das gesundheitsbelastende Uran gehört allerdings nicht dazu. Mit unserer Nahrung führen wir dem Körper täglich 1,9 Mikrogramm des in der Umwelt natürlich vorkommenden Urans zu. Davon werden aber nur 1-2 % durch den Körper aufgenommen und über den Urin wieder ausgeschieden. Wichtig ist, dass die radioaktive Verschmutzung im Körper ziemlich gleich bleibend stabil ist. Welche biologischen Auswirkungen die zusätzliche Belastung durch kleinste DU-Partikel hat, ist noch nicht vollständig untersucht. Allerdings sind die biologischen Auswirkungen von Uranoxiden auf den Körper sehr gut bekannt, die im Uranabbau und der Weiterverarbeitung entstehen und die dort Beschäftigten kontaminieren. Im Gegensatz zu solchen Uranoxiden sind die durch den Uranwaffeneinsatz entstehenden DU-Partikel eine keramische Version der Uranpartikel. Es handelt sich dabei um überwiegend wasserunlösliche Teilchen von unterschiedlicher aber kleinster Größe, die nur mit dem Elektronenmikroskop im Urin entdeckt werden können. Wenn DU-Partikel im Urin nachgewiesen werden legt das den Schluss nahe, dass wesentlich mehr davon im Körper vorhanden sein muss, weil die DU-Partikel nicht wasserlöslich sind.

Die biologische Halbwertszeit ist die Zeit, die benötigt wird, um die Hälfte des aufgenommenen oder eingeatmeten Urans wieder aus dem Körper auszuschleiden. Basierend auf Dr. Sharma's Studien wird bei keramischem DU eine Halbwertszeit von 10 Jahren angenommen. Es wird davon ausgegangen, dass es 7 Halbwertszeiten bedarf (circa 70 Jahre), bis alle DU-Partikel aus dem Körper ausgeschieden sind. Uranstaub aus Uranminen bleibt

einige Tage im Körper, andere Uranmischungen hingegen für Wochen. Die in einer 24-Stunden-Urinprobe gemessene Menge an DU-Partikeln repräsentiert nur einen sehr kleinen Teil der aufgenommenen Gesamtmenge an DU-Partikeln. Aufgrund einer genaueren Bestimmung der biologischen Halbwertszeit und der Bestimmung des Zeitpunkts, an dem die DU-Partikel aufgenommen werden, könnte durch die tägliche Ausscheidung berechnet werden, welche Partikelmenge ursprünglich aufgenommen wurde.

Zusammenfassung

- Die Millionen Dollar, die für offizielle DU-Studien von internationalen Institutionen wie UNO-Umweltprogramm (UN Environmental Programme, UNEP), WHO und IAEA ausgegeben wurden, haben mehr dazu beigetragen, die Gefährdungspotenziale zu verschleiern, als Klarheit zu schaffen. Außerdem wurden die betroffenen Zivilpersonen und viele Soldaten ihrem Leid überlassen.

- Die UNO muss sich hinsichtlich der radioaktiven Strahlengefahren von der Weltgesundheitsorganisation beraten lassen und nicht von der Lobby geleiteten Internationalen Kommission über Radiologische Sicherheit (ICRP). **mk ●**

Die Epidemiologin und Trägerin des Alternativen Nobelpreises Dr. Rosalie Bertell, Mitglied des Ordens der „Grauen Nonnen des Heiligen Herzens“, ist durch ihren Mut und ihre Zivilcourage, mit der sie über die Gefahren auch durch die radioaktive Niedrigstrahlung aufklärt, international bekannt geworden. Petra Kelly würdigte sie mit diesen Worten: „ die Macht von unten, „people power“ und „women's power“, das Organisieren und Durchführen von Kampagnen des zivilen Ungehorsams im atomaren Zeitalter und die Verantwortung eines jeden einzelnen für alle auf dem Raumschiff Erde - diese Wege der Hoffnung sind ein Teil der Analyse von Rosalie Bertell... Sie erhielt in Schweden den Alternativen Nobelpreis der Right Livelihood Foundation, ist Mitbegründerin des „International Institute of Concern for Public Health“ in Kanada, ist wissenschaftliche Beraterin für amerikanische und kanadische Regierungsausschüsse und eines der Gründungsmitglieder der „International Commission for Health Professionals“ in Genf. Als Forschungsmitglied beim Roswell Park Memorial Institute hatte Rosalie Bertell zukunftsweisend Forschungsprojekte unternommen, wie z.B. die Drei-Staaten-Leukämie-Studie, Todesraten bei Kindern in Windrichtung der Atomanlagen von Wisconsin, Geburtsdefekte bei Navajo-Indianern, die von Atomversuchen und dem Uranabbau in Nevada ausgesetzt waren, und voraussichtliche Erbschäden von Kindern von Angestellten in der japanischen Atomindustrie.“



Uranwaffen Wistleblower

Mit dem Nuclear-Free Future Award, dem „weltweit wichtigsten Anti-Atom-Preis“ (taz, Berlin), werden seit 1998 Visionäre und Aktivisten geehrt, die sich beispielhaft für eine Welt ohne Atomwaffen und Atomenergie einsetzen. 2004 wurde die feierliche Preisverleihung auf eindrucksvolle Weise mit dem dreitägigen Kongress der Coalition for Nuclear Disarmament and Peace, der indischen Anti-Atom- und Friedensbewegung, verknüpft. Er bildete nämlich den abschließenden Höhepunkt des Kongresses am 28. November in Jaipur, Rajasthan, bei dem auch die bekannte Globalisierungskritikerin Arundhati Roy anwesend war.

Der Preis wird in den drei Kategorien „Widerstand“, „Aufklärung“ und „Lösungen“ vergeben und ist mit je 10.000 Dollar dotiert. Den Preis für Aufklärung hat die international zusammengesetzte Jury 2004 an den US-Nuklearmediziner Asaf Durakovic verliehen.

Prof. Dr. Durakovic verfügt als Radiologe und Fachmann für Strahlungsschäden über einen hohen internationalen Ruf.

Als Leiter der Nuklearabteilung eines Armeekrankenhauses bei Washington – und damit als Insider des Militärapparates – untersuchte er Soldaten, die am Golfkriegs-Syndrom leiden und konnte nachweisen, dass deren Körper mit abgereichertem Uran (DU, depleted uranium) und sogar mit Plutonium belastet sind. Das passte nicht ins Verschleiernskonzept des Pentagon, welches ihn seines Postens enthob. Daraufhin gründete Durakovic in Kanada das Uranium Medical Research Center (www.UMCR.net), das seit 2002 u. a. mit zwei Forschungsteams die Auswirkungen des Uranwaffeneinsatzes in Afghanistan untersucht. Die bisherigen Ergebnisse sind erschreckend. Durakovic konnte zudem nachweisen, dass auch US-Soldaten, die im Irakkrieg von 2003 eingesetzt waren, mit Uranpartikeln verstrahlt sind. Die anderen Preisträger 2004 sind die indische Organisation Jharkhandis Organisation Against Radiation (JOAR), die sich gegen den Uranbergbau einsetzt, und der amerikanische Publizist Jonathan Schell (siehe www.nuclear-free.com).

mk ●

Erste Entschädigung eines DU-Opfers in Italien - zweite Anerkennung weltweit!

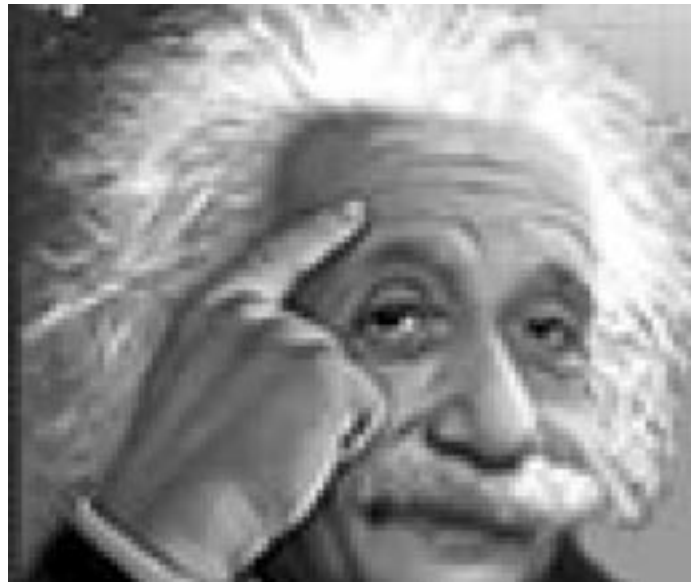
Bei Stefano Melone wurde ganz plötzlich im Februar 2000 eine Krebserkrankung diagnostiziert. Im August 2000 wurde der Zusammenhang seiner Krankheit mit seinem Militärdienst von der Militärkommission anerkannt, woraufhin Melone eine Rente beantragte. Leider verstarb Melone nach vielen Operationen im November 2001 im Alter von erst 40 Jahren. Am 26. Juni 2004 verurteilte ein Gericht in Rom das Verteidigungsministerium dazu, der Familie von Melone 500.000 Euro Entschädigung zu zahlen. Das Gericht sah es als erwiesen an, dass Melones Tod „durch die Einwirkung von radioaktiven und krebserregenden Substanzen“ während seines Militärdienstes auf dem Balkan verursacht wurde. Melone hatte seine Frau darum gebeten, den Kampf um seine Entschädigung gemeinsam mit vielen anderen Soldaten und Familien fortzuführen, damit ihre Kinder und die anderen Familien eine finanziell sichere Zukunft, neben dem schrecklichen Schmerz und Verlust, haben können. Bis heute sind 27 italienische Soldaten an Krebs gestorben und 260 sind derzeit nach ihrem Einsatz erkrankt. Die Einsätze waren meist an Orten, an denen Uranwaffen die „abgereichertes“ Uran (DU, depleted uranium) enthalten, verwendet wurden — darunter Bosnien, Kosovo und Irak. Nach drei Berichten und vielen Vertuschungsversuchen hat das Verteidigungsministerium nun endlich einen Anstieg der Krebserkrankungen bei den Soldaten zugegeben. Trotzdem verweigert das Verteidigungsministerium auch weiterhin Entschädigungszahlungen für die Familien und leugnet auch immer noch die Tatsache, dass Uranwaffen bei den Erkrankungen eine große Rolle spielen. Weitere Informationen in Englisch oder Italienisch über Francesco Iannuzzelli <http://www.peacelink.it/> mk ●



GAAA Resolution zum Internationalen Uranwaffentag

Die Gewaltfreie Aktion Atomwaffen Abschaffen, GAAA beteiligt sich an dem Aufbau eines „internationalen freien Instituts“ und der Durchführung von epidemiologischen Befragungen zur Abschaffung von Uranwaffen!

Der 6. November ist der Internationale Aktionstag zur Abschaffung von Uranwaffen. Seit 1991 wurden zum ersten Mal in großem Ausmaß radioaktive Materialien in Form von „abgereichertem“ Uran (DU) im Irak vom britischen und US Militär eingesetzt. Uranwaffeneinsätze auch in neuen Waffensystemen folgten in den Kriegen auf dem Balkan, in Afghanistan und wieder im Irak. Mindestens 18 Länder besitzen Uranwaffen, deren Anwendung gegen internationales Recht verstößt.



Von den verantwortlichen Regierungsstellen und den Verteidigungsministerien wurde der Uranwaffeneinsatz zunächst abgestritten und deren Gesundheitsschädigungen bis heute geleugnet oder heruntergespielt. Organisationen der Vereinten Nationen, die diese in Fragen des Strahlenschutzes beraten sollen, wie die Internationale Atomaufsichtsbehörde, IAEA und die Internationale Strahlenschutzkommission, ICRP sind selbsternannt und arbeiten im Auftrag der Atomindustrie; darüber hinaus kontrollieren sie die Weltgesundheitsorganisation (WHO). Studien dieser Organisationen genießen daher weder das Vertrauen der Zivilbevölkerung in den betroffenen Kriegsregionen noch der erkrankten Soldaten.

Aber auch die Medien sind verantwortlich. So kam die Berichterstattung über „Große Mengen von Uran in Soldaten und Zivilisten“ auf Platz 4 der 25 am meisten totgeschwiegenen Themen, wie sie in dem bekannten amerikanischen Buch „Media Democracy in Action - Censored 2005“ über die am häufigsten unterdrückten Meldungen der Jahre 2003 und 2004 aufgelistet sind. Auch die Hamburger Uranwaffenkonferenz der GAAA vom Okt. 2003 wird darin genannt.

Vor diesem Hintergrund beschloss die GAAA auf ihrer Jahrestagung am 6. November 2004, „dem Internationalen Aktionstag“, eigene Schwerpunkte in ihrer Arbeit zur Abschaffung von Uranwaffen zu setzen. Solange die Machtverhältnisse bei den Vereinten Nationen nicht verändert sind (z.B. über eine Reform) ist es umso dringender den Druck „von unten“, bzw. von der Basis aufzubauen. Da wir offiziellen Studien und Institutionen zurzeit nicht mehr trauen können, ist es an der Zeit dieses selbst in die Hand zu nehmen und hierdurch mehr Menschen für dieses Thema zu interessieren und zu sensibilisieren.

Wir fordern daher alle fortschrittlichen Kräfte der Zivilbevölkerung zur Unterstützung folgender internationaler Projekte:

- **Aufbau eines „internationalen freien Instituts“, das mit eigenen Studien über Uranwaffen und die Auswirkungen von radioaktiver Niedrigstrahlung zur Aufklärung beitragen kann**
- **Durchführung von epidemiologischen Befragungen rund um Atomprojekte, DU- Testgebiete, Produktionsanlagen und Unfallorte**

Die GAAA unterstützt die Unterschriftensammlung der Internationalen Ärzte für die Verhütung des Atomkrieges (IPPNW) und der Internationalen Juristen gegen atomare Bewaffnung (IALANA) gegen atomare Bewaffnung, die sich an alle Regierungen wendet. (siehe <http://www.bandepleteduranium.org>).

Für weitere Informationen:

**GAAA c/o Marion Küpker
Beckstr. 14, 20357 Hamburg
Tel. 040-4307332
marion@motherearth.org
www.Uranwaffenkonferenz.de
www.gaaa.org**

Um die Projekte gegen Uranwaffen durchzuführen bittet die GAAA um finanzielle Unterstützung:

**Förderverein für Frieden und Abrüstung
Konto Nr. 563131004
BLZ 60090100
Stichwort: Uranwaffenprojekt**

mk ●

Kein U-Boot-Export nach Israel!

GAAA und Pressehütte unterstützen Offenen Brief an den Bundessicherheitsrat

In Kooperation mit Friedensforschern und Friedensorganisationen hat die IPPNW am 26. Oktober einen Offenen Brief an den Bundessicherheitsrat geschrieben, der um den Entscheidungsstand zum Thema U-Boot-Lieferung nach Israel anfragt. Nach der begleitenden Pressekonferenz erhielten beim Bundespresseamt nachfragende Journalisten zur Antwort, dass den Bundessicherheitsrat betreffende Fragen wegen der Sicherheitsauflagen und Offene Briefe schon gar nicht beantwortet würden.

Die IPPNW hakte mit breiter Unterstützung der Friedensbewegung, u.a. der GAAA, bei allen Bundestagsabgeordneten nach. In den Schreiben zeigten sich alle UnterzeichnerInnen beunruhigt über die völlig unzulängliche Information über den möglichen Export weiterer deutscher U-Boote an Israel. Im Verweis auf das unbeantwortete Schreiben an die Mitglieder des Bundessicherheitsrates werden die Abgeordneten eindringlich gebeten, sich dafür einzusetzen, dieses Thema im Parlament auf die Tagesordnung zu bringen und die deutsche Öffentlichkeit über Ihre Haltung zu den möglichen Waffenexportabsichten aufzuklären.

Im Offenen Brief zitiert die IPPNW Verteidigungsminister Peter Struck aus einem Interview mit dem Handelsblatt vom 9.9.2004: „Die israelische Regierung will zwei neue (deutsche) U-Boote kaufen. Wir sind selbstverständlich bereit, Israel beim Erwerb zu helfen und zu unterstützen.“ In den „politischen Grundsätzen der Bundesregierung für den Export von Kriegswaffen und sonstigen Rüstungsgütern“ vom 19. Januar 2000 verpflichtet sich die Bundesregierung dagegen, keine Exporte in Länder zu genehmigen, „in denen ein Ausbruch bewaffneter Auseinandersetzungen droht“ oder auch nur „bestehende Spannungen und Konflikte (...) aufrechterhalten oder verschärft würden“.

Mit Verweis auf den Generalsekretär der Vereinten Nationen warnte der Offene Brief vor einer Eskalation des Konfliktes im Nahen Osten, wonach Israel öffentlich die präventive

Zerstörung von Nuklearanlagen im Iran erwägt, da „unter keinen Umständen Atomwaffen in iranischem Besitz“ geduldet werden sollen. Der iranische Verteidigungsminister erklärt: „Wir werden nicht zögern, einen Präventivschlag gegen den israelischen Atomreaktor Dimona zu führen.“

Weiter heißt es: Die „politischen Grundsätze“ verpflichten die Bundesregierung zudem, das „Verhalten des Empfängerlandes“ im Hinblick auf „die Übernahme von Verpflichtungen im Bereich der Nichtverbreitung“ und die „Unterzeichnung, Ratifizierung und Durchführung“ von Rüstungskontrollabkommen, darunter des nuklearen Nichtverbreitungsvertrages zu berücksichtigen.“

Israel ist dem Nichtverbreitungsvertrag (NVV) wie etlichen anderen Abkommen nicht beigetreten; es unterhält ein unerklärtes Nuklearwaffenpotenzial und steht zudem im Verdacht, die bereits gelieferten deutschen U-Boote der Dolphin-Klasse mit weitreichenden Trägersystemen für Nuklearsprengköpfe auszurüsten zu wollen oder dies bereits getan zu haben. Israel bei der Aufrechterhaltung, Modernisierung und Stärkung seines Nuklearpotenzials mit weiteren U-Booten zu unterstützen stehe im klaren Widerspruch zum NVV, der nicht zuletzt auch auf die Abrüstung aller vorhandenen Nuklearwaffen zielt.

Der Bundessicherheitsrat und die Bundesregierung werden aufgefordert, auf den Export der von Israel gewünschten U-Boote sowie die Modernisierung bereits gelieferter U-Boote zu verzichten. So wäre angesichts der hohen Priorität, die der Verhinderung nuklearer Proliferation gerade auch im Nahen und Mittleren Osten zukomme, ein deutsches „Nein“ zu den U-Boot-Lieferungen ein deutliches Signal, dass Deutschland seine Verpflichtungen und seine Chancen zur Stärkung der Nichtverbreitung nutzt und die Weiterverbreitung atomarer Waffen und ihrer Trägersysteme wo immer möglich unterbindet.

rob ●



Liebe Mitglieder,
Freundinnen und Freunde!

Ein Friedenspolitischer Rundblick zeigt nicht viel offenen Himmel: Vor der US-Friedensbewegung liegen nach dem Wahlsieg des nationalreligiösen Fundamentalismus schwere Jahre. Das müssen wir zum Anlass nehmen, dorthin Beziehungen aufzufrischen, per e-Mail, telefonisch, brieflich. Sie brauchen uns, wie wir sie brauchen. Denn der Fundamentalismus des großen Befreiers in der Beterpose verbreitet Kreuzzugsstimmung - um (notfalls) mit seinen Massenvernichtungswaffen die weltweite Freiheit herbeizuschießen. Auch die seit Jahrzehnten unterdrückten Palästinenser werden es jetzt keineswegs leichter haben.

Weiter, und das ist ebenfalls tragisch: Die USA sind inzwischen atomar erpressbar geworden. Wie das und woher? Ein Oberstleutnant der Bundeswehr belegt es in seiner Studie „Die Tempelwaffen“ (in Wissenschaft und Frieden 4/2004 S. 51ff). Er weist nach, dass Sharon in Israel über die fünftstärkste Nuklearmacht der Erde verfügt, bewaffnet von der 1800 km weit reichenden Rakete Jericho II, (die mit „Pershing II“-Teilen bestückt ist) über „Lance“ Kurzstreckenraketen (die in Großengstingen nicht mehr gebraucht werden) bis zum (US) Kampffjet F-16 mit Atombomben an Bord. Fazit: seine 4-500 Atomsprengköpfe erzwingen nun ein schrankenloses Mittun der USA nach dem Motto: „Bitte wir könnten auch ohne euch, dann eben atomar. Wollt ihr das?“

Um das alles im Kopf auszuhalten, braucht man innere Stärkung. Zwei Vorschläge dazu: Uri Avnery, Israel im Nahen Osten, Zwei notwendige Reden, Trier 1999 (AphorismA, Heft 16), 3, sowie Rafiq Khoury, Palästenensisches Christentum, Trier (AphorismA, Heft 7).

Kurzum: Wir werden miteinander noch einen langen Atem brauchen.

Herzliche Grüße von der Friedens- und Begegnungsstätte Mutlangen

Konrad Moll

Impressum

FreiRaum.

Für eine Welt ohne
Atom- und Uranwaffen.
Für die friedliche Nutzung
des Weltraums.

Erscheint vierteljährlich

Auflage: 2000

Herausgeber:
Gewaltfreie Aktion
Atomwaffen Abschaffen GAAA
Hausmannstrasse 6
70188 Stuttgart
Tel. 07 11 - 21 55 112
Fax 07 11 - 21 55 214
Internationales
Marion Küpker
Bürozeiten:
Wochentags 10.00 - 13.00 Uhr
Tel. 040 - 430 73 32

Pressehütte Mutlangen
Friedens- und Begegnungsstätte
Mutlangen e.V.
Forststraße 3
73557 Mutlangen
Tel./Fax 0 71 71 - 75 66 1
www.pressehuette.de
post@pressehuette.de

Einzelheft: Euro 2.00 plus Porto

Jahresabonnament:
Euro 8.00 einschließlich Porto

Für Mitglieder der Friedens- und
Begegnungsstätte Mutlangen e.V. und
der Friedenswerkstatt Mutlangen e.V.
ist der Bezug im Mitglieds-
beitrag enthalten.

Bankverbindung:
nur für Abo-Gebühren:
Friedens- und Begegnungsstätte -
FreiRaum
Raiffeisenbank Mutlangen
BLZ 613 619 75, Konto: 55628010
für steuerabzugsfähige Spenden:
Friedenswerkstatt Mutlangen e.V.
Kreissparkasse Ostalb
BLZ 614 500 50, Konto: 800268499
Stichwort: Spende FreiRaum

Redaktion:
Roland Blach (rob)
Tel. 07 11 - 21 55 112
e-Mail: gaaa@paritaet-bw.de
Marion Küpker (mk)
Tel. 040 - 430 73 32
e-Mail: marion@motherearth.org
MarionKuepker@compuserve.com
Julia Kramer (jk)
Tel. 0711/6337776
e-mail: j-kramer@gmx.net
V.i.S.d.P
Wolfgang Schlupp-Hauck (wsh),
Tel. 0 71 71 - 18 20 57
e-Mail: redaktion@pressehuette.de

Namentlich gekennzeichnete
Beiträge geben nicht unbedingt
die Meinung der Redaktion wieder.

Layout/Satz: db
Druck: GUS-Druck GmbH
70180 Stuttgart,
Tel. 07 11 - 60 03 45

Friedens- und Begegnungsstätte Mutlangen e.V.
Forststr. 3, 73557 Mutlangen
Postvertriebsstück E 59198 – Deutsche Post AG – Gebühr bezahlt

Termine:

6.1.2005

Kiel: Vorlesung „Die Proliferation von Nuklearwaffen: Wie groß ist die Gefahr für terroristische Anschläge?“ mit Dr. Götz Neuneck, <http://www.ifsh.de>, 18-19.30 Uhr, Uni Kiel, Hörsaal C/AudiMax, Christian-Albrechts-Platz 2, Kontakt: SCHIFF - Institut für Friedenswissenschaften an der Uni Kiel, Ulrike Kronfeld-Goharani, Tel.: 0431/880-6332, kronfeld@schiff.uni-kiel.de, www.schiff.uni-kiel.de

18.-20.1.2005

Brüssel: (geplant) Konferenz der Belgischen „Mayors for Peace“, u.a. mit Akiba Tadatoshi (Bürgermeister von Hiroshima), sowie Treffen mit Vertretern des EP des Belg. Parlamentes, VA: For Mother Earth/Abolition 2000 Belgium, Kontakt: Pol D'Huyvetter, Tel.: 0032/9/2428752, pol@motherearth.org, www.motherearth.org

31.1.2005

Kassel: Vorlesung „Eine Welt ohne Atomwaffen - eine denkbare, aber auch machbare Perspektive für das 21. Jahrhundert?“ mit Dr. Götz Neuneck www.ifsh.de, 18-20 Uhr, Uni Kassel, Holländischer Platz, Kurt-Wolter-Str. 3, Hörsaal 0117, Kontakt: AG Friedensforschung im Fachbereich Gesellschaftswissenschaften der Uni Kassel, Peter Strutynski, Tel.: 0561/804-2314, strutype@uni-kassel.de, www.uni-kassel.de/fb10/frieden/Welcome.html

5.3.2005

Manchester GB: (geplant) Conference „Europe for Peace!“ (Working for a Nuclear-free, Less Militarised and NATO-free Europe), Kontakt: Campaign for Nuclear Disarmament (CND), Tel.: 0044/20/77002393, gmdcnd@gn.apc.org, www.cnduk.org, www.gmdcnd.org.uk

16.4.2005

Kleine Brogel (B): (geplant) „Bomspotting XL“, Aktion des zivilen Ungehorsams am Atomwaffenstandort Kleine Brogel, NATO Hauptquartier in Brüssel und SHAPE in Mons, Kontakt: Forum voor Vredesactie, Tel.: 0032/3/2816839, bomspotting@vredesactie.be, www.vredesactie.be

28.4.-16.5.2005

New York (USA): Studien- und Aktionsreise zur Überprüfungskonferenz des Atomwaffensperrvertrages (NPT) der UNO in New York, Details: www.yap-cfd.de/diskussion/stud_reise_ny_05.htm, Kontakt: Friedens- und Begegnungsstätte Mutlangen, Tel.: 07171/75661, post@pressehuette.de, www.pressehuette.de

1.5.2005

New York (USA): (geplant) International Demonstration for Nuclear Disarmament (vor der Eröffnung der NPT Überprüfungskonferenz), Kontakt: Reaching Critical Will c/o Women's International League for Peace and Freedom, United Nations Office, 777 UN Plaza, New York, Tel.: +1/212/682 1265, info@reachingcriticalwill.org, www.reachingcriticalwill.org

2.-28.5.2005

New York (USA): NPT Review Konferenz 2005 Infos: www.disarmament.un.org:8080/wmd/npt/2005/index-PC3.html (Überprüfungskonferenz des Nichtverbreitungsvertrags von Atomwaffen 2005), Kontakt: UN Department for Disarmament Affairs, Sari Nurro, WMD Branch, nurro@un.org,

2.-9.8.2005

Hiroshima/Nagasaki (J): 2005 World Conference against A&H Bombs (60. Jahrestag), 02.-06.08. in Hiroshima, Fortsetzung: 07.-09.08. in Nagasaki

Kontakt: Japan Congress Against A- and H-Bombs / Gensuikin, Tel.: 0081/3/32221091, gensuikin@jca.apc.org, www.gensuikin.org/english/index.html

5./6.8.2005

Büchel/Ramstein/Stuttgart: (geplant) Aktion(en) an den Atomwaffenlagern Büchel und Ramstein und vor der US-amerikanischen Kommandozentrale EUCOM in Stuttgart zum 60. Jahrestages des Atombombenabwurf auf Hiroshima, Kontakt: Gewaltfreie Aktion Atomwaffen abschaffen (GAAA), Roland Blach, Tel.: 0711/2155112, gaaa@paritaet-bw.de, www.gaaa.org

Wir brauchen ihre Mitarbeit und Unterstützung

Der FreiRaum ist ein Baustein der Kampagne des Trägerkreises „Atomwaffen abschaffen - bei uns anfangen!“. Wir drucken mehr Exemplare als wir versenden. Sie können diese bestellen und weiterverteilen.

Das alles kostet Geld. Noch trägt sich der FreiRaum nicht allein aus den Spenden, die für ihn eingehen. Es müssen noch mehr werden. Die Gewaltfreie Aktion Atomwaffen abschaffen, die Friedenswerkstatt Mutlangen und die Friedens- und Begegnungsstätte Mutlangen schießen von ihren Spenden zu, damit der FreiRaum zu Ihnen kommt.

Wer dieses Jahr noch nichts bezahlt/gespendet hat, sollte dies jetzt bald tun. Wer schon gespendet hat, dem danken wir.

Wir bitten um weitere Unterstützung, damit das FreiRaumkonto nicht ins Minus gerät, wenn die Post im Januar ihre Jahresgebühr abbucht.

Werfen Sie den beiliegenden Überweisungsträger nicht in den Papierkorb, sondern füllen Sie ihn aus und bringen Sie ihn zur Bank.

Jeder Euro hilft uns, Sie und andere über die Kampagnenarbeit zur Abschaffung der Atomwaffen auf dem Laufenden zu halten.

atomwaffen frei bis 2020

